

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,30 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgealtene Kolonelle oder deren Raum 30 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich gedruckt Wort) jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 12. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mexiko und die nordamerikanische Union.

Von Heinrich Cunow.

II.
 Siebenmal war Porfirio Diaz zum Präsidenten gewählt worden, meist nach den offiziellen Wahlverkündungen „einstimmig“, wenn auch nur bei relativ geringer Wahlbeteiligung. Im Juli 1910 hatten neue Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Kaum jemand zweifelte, daß Diaz sich selbst zum achten Male als Präsident aufstellen würde, als er plötzlich 1908 durch die mexikanische Presse verkündet ließ, er wolle sich, sobald seine Amtszeit abgelaufen sei, vom politischen Leben zurückziehen, wie sehr auch seine politischen Freunde darüber großen möchten; denn er hätte dem Lande genug gedient und werde bald achtzig Jahre sein. Mexiko wäre jetzt reif für eine ruhige Selbstverwaltung. Zum Schluß heißt es in dieser Erklärung mit jener Großsprecheri und schönen Geste, die Diaz stets in reichlichem Maße zur Verfügung gestanden hat: „Ja heiße eine Oppositionspartei in der mexikanischen Republik willkommen. Wenn sie hervortritt, werde ich sie nicht als Uebel, sondern als ein Segen betrachten, und wenn sie die genügende Kraft beweist, nicht auszubeuten, sondern wirklich regieren zu können, dann will ich ihr zur Seite stehen, sie unterstützen und beraten und meiner selbst vergessen in der erfolgreichen Einführung eines vollständig demokratischen Regierungssystems.“

Was dem gerne mit Bluff arbeitenden alten Herrn zu dieser Erklärung bestimmt hat, ob er damit einen politischen Schachzug ausführen wollte, ob er dadurch zu der damals bevorstehenden Jahrhundertfeier der mexikanischen Unabhängigkeit eine besondere Ehrung für sich herauszulegen wollte, das kann hier unentschieden bleiben; jedenfalls war, wie sich bald zeigte, die ganze Erklärung wieder mal nichts als ein großer Bluff des greisen Intriganten.

Traute man in Mexiko auch vielfach der Verheißung des alten Fuchses nicht, so wagten sich doch die im Verborgenen blühenden demokratischen Vereinigungen wieder hervor und wählten auf einer Zusammenkunft in Mexiko einen Zentralausschuß. Zugleich wurde ein Programm für die nächste Wahl aufgestellt. Im ganzen mit recht mäßigen Forderungen; denn in der Hauptsache beschränkte sich diese darauf, die Abschaffung der „Gesetz politicos“ (d. h. die Abschaffung des örtlichen Regierungsskizzenwesens und des willkürlichen Eingreifens ihrer Häupter in die Ortsverwaltung), die Errichtung von Municipalämtern mit Gemeinderäten, ein allgemeines Wahlrecht, gebunden an den Nachweis eines gewissen Bildungsstandes (des Lesen- und Schreibens) und Befähigung, Erweiterung des Volksunterrichts, größere Pressefreiheit, Anwendung der Gesetze gegen die Mönchsorden, Erleichterung des Schuldhörigkeitsystems, Stellung der Eisenbahnkompagnien und großen Farmkonzerne unter wirksamer Staatsaufsicht zu verlangen.

Gegen Diaz selbst wagte man nicht vorzugehen. Man erklärte sich mit seiner Wiederwahl zum Präsidenten einverstanden. Dagegen müsse der Vizepräsident Ramon Corral, der sich während seiner Amtszeit ein enormes Vermögen zusammengekauert habe, mit seiner Sippschaft unbedingt entfernt werden. An seiner Stelle wurde als Kandidat für den Vizepräsidentenposten der bisherige Gouverneur des Staates Nuevo Leon, der General Bernardo Reyes, aufgestellt.

Dieses Vorgehen der demokratischen Vereine war das Signal zu einem wüsten Vernichtungskampf der Diazschen Regierungsgewalt gegen sie. Die Leiter der Vereine wurden ins Gefängnis geworfen, die Beamten und Offiziere, die sich der Bewegung angeschlossen, aus dem Dienst entlassen, verhaftet oder nach entfernten unwirtlichen Gegenden verbannt, zum Teil nach Sonora, um gegen die aufrührerischen Yaqui-Indianer zu kämpfen. Die Zusammenkünfte und Versammlungen wurden durch Polizei- und Militärgewalt gesprengt, das Erscheinen einer Anzahl demokratischer Blätter verboten. Dann wurde General Trevino beauftragt, den Gouverneur Bernardo Reyes, nötigenfalls unter Anwendung von militärischer Gewalt, zum Verzicht auf die Vizepräsidentenposten zu zwingen. Tatsächlich verzichtete dann auch der feige Reyes.

Nun gingen die Demokraten auch gegen Diaz selbst vor. Sie stellten im April 1910 Francisco Madero, einen angesehenen wohlhabenden Landbesitzer aus Coahuila, als Präsidenten und den Dr. Francisco Lazquez Gomez als Vizepräsidenten auf. Maderos Energie gelang es, alsbald in den nördlichen Gebieten eine ausgedehnte „Anti-Wiederwahlbewegung“ ins Leben zu rufen; doch griff jetzt die Diazsche Regierung nur noch brutaler ein. Eine lange Reihe der demokratischen Führer wurde verhaftet. Am 6. Juni wurde schließlich auch Madero und sein Freund, der Oberrichter Estrada, inhaftiert. Madero wurde in das Gefängnis von San Luis Potosi übergeführt und angeklagt, durch Angriffe auf die Diazsche Regierung die mexikanische Nation beleidigt zu haben. Als der Wahlkampf herankam, sahen an tausend Führer der Anti-Wiederwahlbewegung im Gefängnis. Porfirio Diaz wurde zum achten Male zum Präsidenten gewählt — nach Angabe der Wahlbehörde wiederum „einstimmig“. Diaz fühlte sich wieder fest im Sattel. Am Tage seines neuen Amtsantritts, am 1. De-

zember 1910, erließ er eine wortgewaltige Botschaft, in der es hieß: „Heute gehört Mexiko definitiv zur Gruppe der neuen Nationen mit gesicherter Stabilität.“

Die Ereignisse sollten diese Großsprecheri bald Lügen strafen. Francisco Madero, dem es gelungen war, nach Texas zu entkommen, kehrte von dort zurück und ergriff, von Villa und Orozco unterstützt, die Fahnen der Rebellion. Er zwang Diaz, der am 31. Mai 1911 von Veracruz nach Frankreich floh, zur Abdankung. Am 7. Juli zog er unter dem Jubel der Bevölkerung in die Hauptstadt Mexiko ein. Am 2. Oktober 1911 wurde er zum Präsidenten gewählt: eine Wahl, die jedoch sofort von dem vorhin erwähnten General Bernardo Reyes, seinem Gegenkandidaten, angefochten wurde.

Das Geld für die Maderosche Revolution wurde größtenteils in nordamerikanischen Kapitalistenkreisen aufgebracht. José Yvas Limantour, der Diazsche Finanzminister, hatte nicht ganz unrecht, als er schon im März 1911 erklärte, das meiste Geld der Aufständischen stamme aus den Vereinigten Staaten. Zwar dürfte die Behauptung, die amerikanische Regierung oder amerikanische Behörden hätten den Aufständischen Geld zukommen lassen, nichts als leeres Gerede sein; aber Tatsache ist, daß aus den Vereinigten Staaten den sogenannten „Maderisten“ über die Grenze von Texas vielfach Geld und Waffen zugehen — nicht aus Vorliebe der amerikanischen Kapitalisten für Madero, sondern um den Diaz los zu werden. Und die Vereinigte-Staaten-Regierung hinderte diese Zufuhren nicht. Sie schickte zwar 20 000 Mann Militärsoldaten an die nordamerikanische Grenze — die Ausfuhr von Geld, Waffen, Munition und Lebensmitteln an die Aufständischen verbot sie jedoch nicht und gestattete auch, daß deren Agenten in Texas und Neu-Mexiko Proviant und Munition aufkauften. Kein Waffenausfuhrverbot erfolgte. Als dann aber Maderos Herrschaft von Viktoriano Huerta, einem italienischen Ingenieuroffizier und ergebenen Anhänger des Porfirio Diaz bekämpft wurde und dessen Rebellion in Nord-Mexiko Unterstützung fand, erfolgte am 14. März 1912 ein amerikanisches Waffenausfuhrverbot.

In die inneren Verhältnisse Mexikos eingzugreifen, wie damals von kapitalistischen Blättern gefordert wurde, lehnte die Diazsche Regierung jedoch entschieden ab und fand dabei die Unterstützung eines anderen Teils der Kapitalisten, die vor einer Intervention in Mexiko zurückscheuten, da diese nach ihrer Ansicht den Kapitalbesitz in Mexiko noch stärker gefährden würde, als eine neue Rebellion, zudem aber enorme Kosten verursachen würde. So heißt es beispielsweise in einer am 12. März 1912 von dem Direktor Pan-American Union, Herrn John Barret, erlassenen Warnung:

„Militärische Intervention könnte ein Todesstreich für das Prestige und den Handel der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent sein. Die Eigentümer der 800 Mill. Dollar, die in Mexiko an amerikanischen Kapitalisten investiert sind, wie auch fremde Kapitalisten üben auf Washington im Interesse der Sicherung ihrer Anlagen einen gewaltigen Druck aus. Würden aber die Vereinigten Staaten intervenieren, so würde der den Amerikanern und den amerikanischen Investitionen vorübergehend gewährte Schutz in Bedeutungslosigkeit versinken im Vergleich zu den möglichen Verlusten von Leben und Besitz und zu den Geldausgaben, die der Krieg im Gefolge haben würde, ferner im Vergleich zu den Schädigungen, die der Handel und das Kapital der Vereinigten Staaten im ganzen lateinischen Amerika zweifellos erleiden würden.“

Francisco Madero vermochte sich jedoch nicht lange zu behaupten. Er hatte bei seinem Kampf gegen das Diazsche Regiment vornehmlich die Unterstützung der selbständigen kleineren einheimischen Grundbesitzer sowie des wenig zahlreichen städtischen Mittelstandes gefunden und suchte nun in deren Interesse die Regierung zu führen, verlor es aber dadurch vollends mit den reichen Kapitalistenklingeln und nicht minder mit den in alle möglichen Stellungen hineingehobenen Günstlingen des Porfirio Diaz. Die Führerschaft dieser Gegenrebellion übernahmen jetzt Diaz, ein Neffe des Expräsidenten, und der Diazsche Jüngling Viktoriano Huerta. In einer mehrtägigen Straßenschlacht in der Hauptstadt wurde im Februar 1913 Francisco Madero besiegt, mitsamt seinem Bruder gefangen genommen und — allem Anschein nach auf Befehl Huertas — ermordet. Ebenso der Vizepräsident Pino Suarez. Dann übernahm Huerta das Amt eines provisorischen Präsidenten.

Huerta suchte sich alsbald in den Vereinigten Staaten die Gunst der neuen Wilsonschen Regierung zu sichern, stieß dabei aber auf Wilsons entschiedene Ablehnung. Man traute in Washington dem geriebenen, vor seiner Hinterlist und Brutalität zurückschreckenden Diazschen Günstling nicht, zumal man über seine Abneigung gegen die „Gringos“ recht gut unterrichtet war. Nun ließ Huerta die Maske fallen. Am 10. Oktober 1913 ließ er alle Mitglieder der Deputiertenkammer bis auf die Merikalen verhaften, das Parlament für aufgelöst erklären und sowohl für die Kammer als den Senat zum 26. Oktober Neuwahlen ausschreiben. Bei dieser Wahl erhielt Huerta unter vier Kandidaten zwar die meisten Stimmen, aber kurzweg erklärte er die ganze Wahl für ungültig und setzte für den 5. Juli 1914 eine neue Präsidentschaftswahl. Inzwischen regierte er als Diktator weiter. Die Rebellion seiner beiden Hauptgegner Carranza und Villa gewann jedoch im Norden Mexikos immer mehr an Ausdehnung. Zudem wurde Huertas Verhältnis zu der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika täglich gespannter. Im April 1914 schien es trotz aller Wilsonschen

Abneigung gegen ein Eingreifen in die mexikanischen Wirren zu einem Kriege zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten kommen zu sollen. Amerikanische Marinesoldaten, die im Hafen von Tampico an Land gegangen waren, um Vorräte einzukaufen, wurden dort von mexikanischen Bundesstruppen gefangen gefeuert, und als die amerikanische Regierung außer den Entschuldigungen auch einen Salut der amerikanischen Flagge forderte, erklärte sich Huerta dazu nur unter der Bedingung bereit, daß dann auch in gleicher Weise die mexikanische Flagge saluiert werde. Am 21. und 22. April wurde darauf die Hafenstadt Veracruz von amerikanischen Marinesoldaten besetzt und darauf der amerikanische Gesandte aus Mexiko zurückberufen. Doch kam es trotzdem nicht zum Kriege. Die Fortschritte seiner ausländischen Gegner im April und Mai ließen Huerta ein weiteres Verharren auf seinem Posten als aussichtslos erscheinen. Er ging. Zudem legte der Ausbruch des großen Völkerrkrieges in Europa es der Wilsonschen Regierung nahe, vorerst alle Interventionsversuche einzustellen, um so mehr als man bei Carranza, der bald über seinen rivalen Villa die Oberhand erlangte, auf ein größeres Entgegenkommen gegen die Forderungen der Union rechnen zu können glaubte. Und tatsächlich hat Carranza, der heute Huertas Platz einnimmt, sich gegenüber den Ansprüchen der Union bisher als ziemlich zugänglich erwiesen. Alles zu schluden, was Mexiko von amerikanischer Seite geboten wird, vermag auch freilich er nicht, denn der Nordamerikaner ist heute dem mexikanischen Volke so verhaßt, daß jeder mexikanische Präsident, will er sich nicht unmöglich machen, in seiner Begünstigung der „Gringos“ vorsichtig Maß halten muß.

Möglich, daß unter den jetzigen, im ersten Artikel näher geschilderten Umständen der amerikanisch-mexikanische Konflikt noch nicht zu einem blutigen Waffengange führt; aber das würde nur eine hinauschiebung des Krieges bedeuten, denn die scharfen Gegensätze bleiben, und die jetzige Wirtschaftslage Mexikos ist recht wenig geeignet, diese Gegensätze abzuschwächen. (2)

Die Kriegsziele des Kanzlers.

Auf die gestrige Polemik der „Nordd. Allg. Zeitung“ gegen die „Deutsche Tageszeitung“ antwortet das konterbattiv-händlerische Blatt:

„Wir glauben, auch mancher unserer Gegner wird diese Leistung der „D. T.“ mit einem gewissen peinlichen Ver fremden genießen.“

Welch eine erlebte Feinheit gehört doch zunächst dazu, daß das Regierungsgesetz und die zweimalige Unterdrückung durch die Zensur vorhält. Die „D. T.“ weiß, daß wir uns gegen diese Maßnahmen auch jetzt noch nicht öffentlich zur Wehr setzen können. Obwohl es ferner mindestens nicht überflüssig ist, Zensurmaßnahmen zu erörtern, hält sie es ihrer Stellung als Regierungsgesetz für ungemessen, das durch ihren Hinweis doch zu tun. Man wird es uns nicht verdenken, wenn wir nunmehr wenigstens erklären, daß wir die Behauptung gerade der „D. T.“, wir hätten die Zensur zum Einschreiten „genötigt“, entschieden zurückweisen.

Der seine Last, mit dem die „D. T.“ hier zu Werke geht, wird aber besonders deutlich durch die Tatsache, daß sie seinerzeit eine Lage, in der die „D. T.“ an öffentlicher Minderstellung verhindert war, zu einem auf erweislich falschen Auslegungen beruhenden Angriff gegen uns benutzte; und daß ihr unsere nichtöffentlich gegebenen Hinweise dafür bekannt sein müssen.

Die „D. T.“ bestreitet, daß man aus der Stellungnahme der Regierung in der U-Bootfrage einen Schluß auf eine „zaghafte“ Schwonung Englands ziehen dürfe. Das „zaghaft“ — wir haben das Wort nicht gebraucht — ist Ansichtssache. Wenn aber die „D. T.“ den tatsächlichen Zusammenhang des Kriegszieles im Westen mit der Haltung in der U-Bootfrage, gegenüber England und gegenüber Amerika, nicht sieht, so bedauern wir, das Kompliment, das sie dabei unserer Urteilsfähigkeit in auswärtigen Fragen macht, mit einigem Unbehagen empfinden zu müssen.

Sie schiebt am Eingange ihrer betreffenden Auslassung dem Abgeordneten Scheidemann nur die Behauptung zu, daß der Kanzler — laut seiner Aeußerung zu dem genannten Abgeordneten — die Ziele der sechs Wirtschaftsverbände „keineswegs billige“; und am Schluß, einen Schritt weiter auf dem Wege der „feinen Kategorien“, heißt es nur noch, niemand hätte den Eindruck haben können, daß der Kanzler sich mit den Forderungen der sechs Verbände „identifiziere“. Herr Scheidemann hat in Wirklichkeit aber behauptet, daß der Kanzler die Kriegsziele der Verbände „weit von sich gewiesen“ und „auf das entschiedenste mißbilligt“ habe. Es gehört nicht übermäßige Feinheit dazu, den großen Unterschied zwischen dem zu sehen, was der Abgeordnete Scheidemann gesagt hat, und was die „D. T.“ ihn gelagert haben lassen möchte. Ob sie mit dieser fast verunglückten Handfertigkeitübung dem Kanzler einen guten Dienst geleistet hat, enthalten wir uns zu entscheiden.

Bis hierher könnte die Leistung der „D. T.“ noch als bloße Angehörigkeit erscheinen. Wenn das Blatt aber zum Schluß von „eingebildeten Kümern“ spricht, so müssen wir mit Nachdruck Verwahrung dagegen einlegen, daß die schwere und steigende Sorge zahlreicher Männer, die zu den Vätern der Nation gehören, von dem Regierungsgesetz mit einer ebenso haltlosen wie verletzenden Wendung abgetan wird. Dazu sind die Dinge, um die es sich hier handelt, zu ernst; und wir können es auch im Interesse der Regierung nur bedauern, daß ihr Organ nicht eine der ganzen Zeit wie dem Gegenstande angemessenerer Art zu finden vermochte.

Nicht nur die „Deutsche Tageszeitung“, auch die übrigen rechtsstehenden Blätter zeigen sich von dieser wessenen Umgebung des Kanzlers alles andere als begeistert.

Die „Kriegs-Zeitung“ schreibt:
„In der Bemerkung, unser Großmeister der Staatskunst habe niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben gestattet, wird man, zumal in Verbindung mit der Art, wie die Scheidemannschen Erklärungen von der „Norddeutschen“ behandelt werden, eine Zurückweisung der Forderung nach der Einverleibung Belgiens zu sehen haben. Daß das eine Erörterung über Kriegsziele ist, wird auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zugeben, sie wird auch wissen, daß deshalb die übrige Presse nicht in der Lage ist, ihr zu antworten. Eine sachliche Auseinandersetzung ist also nach wie vor nicht möglich.“

„Tägliche Rundschau“:
„Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ findet Gefallen an Kriegszielebesprechung und Polemik, vielleicht weil sie in der Lage ist, die angefangene Menfur jederzeit wieder abzulegen und der Gegner nur halbe Kampffreiheit hat. . . .

Die Behauptung, daß die Vertreter der sechs Verbände mit der Auffassung vom Anzler geschieden seien, daß er sich mit den Zukunftsforderungen der Denschrift nicht identifiziere, dürfte richtig sein. Das Gegenteil hat aber auch niemand behauptet. Wohl aber sind sie unser Wissen von ihm geschieden in der Meinung, daß er ihren Wünschen nicht so ablehnend gegenüberstehe, wie es etwa Herr Scheidemann behauptet. Eine Erklärung der Herren dürfte nun nicht mehr zu umgehen sein. Was die Meinung der Deutschen Tageszeitung über die Unmöglichkeit der Angriffe gegen den Reichskanzler anlangt, so haben wir uns eines Lächelns nicht enthalten können, daß die „Norddeutsche“ diese Meinung zu bestreiten unternimmt. Wenn jemand den größten und widerstehtesten Regenschirm, den man sich überhaupt ausdenken kann, über sich hält, und dennoch darüber klagt, daß der Regen ihn naß macht, so kann er anderen Leuten es nicht bezagen, wenn sie schliefen, daß der gewählte Regenschirm nichts taugt.“

„Berliner Neuzeit Nachrichten“:
„Mit einer energischen Kriegsführung gegen England hängt die Frage der belgischen Zukunft allerdings aufs Engste zusammen. Was könnten sonst noch für Erwägungen möglich sein? Moralische! Menschliche! Und vielleicht ängstlich-bureaucratische bei solchen, die nur im bisherigen Schema zu denken vermögen, die noch keinen Unterschied sehen zwischen dem Reichsgebiet einverleiben“ und „dem Reichsgebiet anschließen“, die noch nicht vorgebildet sind bis zu dem Gedanken, daß man Reichsmilitärhöflichkeit-Gebiete schaffen könne (wie denn die alten Völkergemeinschaften auch schon „Untertan-Staaten“ gehabt haben), daß der Weltkrieg in den Handlungen unserer Feinde doch alles Völkerrecht aufgelöst hat und daß wir also unheilvoll beschränkt wären, wenn wir nicht, wo es unsere Sicherheit erfordert, selbst an Ausbeutung im Großen denken müßten, daß wir nicht fremde Völker unterjochen“, sondern mehr Land haben wollen, zu unserer Sicherheit und Gesundheit, daß unsere Feinde doch reichlich verdient haben, was dazu nötig ist, und daß der große Augenblick Gedanken ins Große und eine neue Zeit, neues Recht, neue Formeln und neue Mittel uns aufzwängt.“

„Gleich hinter der U-Bootfrage erwähnt vorstehende Erklärung des halbamtlichen Blattes den „Großmeister unserer Staatskunst“, den Fürsten Bismarck. Das ist unseres Erachtens eine sehr billige Selbstkritik — denn man stelle sich nur Bismarck und unsere Politik wachsender Rollen gegenüber Nordamerika samt dem (hoffentlich) vorläufigen Abschluß vor — und man braucht kein Wort zurückhaltender Kritik mehr zu schreiben.“

„Daß in amtlichen oder halbamtlichen Kreisen das noch nicht einmal gefühlt wird, ist unseres Erachtens die größte und tiefste Meinungsverschiedenheit der hier im Streit befindlichen.“

Selbst das „Berliner Tageblatt“ bemerkt:
„Es will uns nicht scheinen, als ob diese Auseinandersetzungen im allgemeinen von Nutzen sein könnten. Aber der Hinweis auf die „Grund- und Richtlinien der Bismarckschen Praxis“, nämlich „niemals fremde, selbständige Völker dem Reiche einzuverleiben“, ist sicherlich bemerkenswert.“

Der nationalliberale „Deutsche Anier“ schließlich bemerkt:
„Der Weg aber, den der Kanzler zu beschreiten gedenkt, wird in keiner Weise gekennzeichnet. Damit werden die Wahlen der Ungeduld und des Mißtrauens, die Herrn v. Bethmann Hollweg umranden, nicht gestillt, und das Verlangen nach Aufklärung bleibt bestehen.“

Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag nachmittag. Südlich der Somme eroberten die Franzosen in Verfolgung ihrer Fortschritte während der Nacht in der Gegend von Barleux die Grabenlinie zwischen dem Dorfe Hambeau und La Maisonnette. Die Zahl der gestern und in der Nacht in diesem Abschnitt gemachten unvertunbeten Gefangenen beträgt 950. Nördlich der Somme war die Nacht ruhig. In der Champagne glückten südlich und westlich von Tahure zwei Handstreichs. Die Franzosen nahmen außerdem deutsche Gräben westlich der Sutte von Le Meulil, besetzten sie auf einer Front von 500 Meter und machte einige Gefangene. In den Argonnen drang eine französische Erkundungsabteilung bei Four de Paris in einen deutschen Graben ein und säuberte ihn mit Handgranaten. An der Front nördlich von Verdun hält die Beschießung in der Gegend von Chattancourt, Fleury und La Laufé an. Nordwestlich von Fleury wurde eine starke deutsche Patrouille durch Handgranaten zerstreut. In den Vogesen griffen deutsche Abteilungen die französischen Stellungen in der Gegend von Chapelotte an fünf verschiedenen Stellen an, gerieten aber in flackerndes Maschinengewehrfeuer und wurden vollständig zurückgeschlagen.

Paris, 11. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag abend. Nördlich von der Somme verlief der Tag ruhig. Südlich von der Somme machten wir im Laufe des Tages einige Fortschritte in der Gegend zwischen Viaches und Barleux und am Rande dieses Dorfes. An der Grenze von Viaches nahmen wir eine kleine Schanze, wo sich eine feindliche Abteilung noch hielt. Wir machten 113 Gefangene, darunter 10 Offiziere. Südöstlich von Viaches eroberten wir in einem glänzenden, auf die den Fluß beherrschende Höhe 97 vorgetragenen Angriff diese vom Feind stark besetzte Höhe, desgleichen das auf dem Gipfel gelegene Geschütz La Maisonnette. Ebenso bemächtigten wir uns des im Norden von La Maisonnette gelegenen Wäldchens. Einige feindliche Abteilungen leisteten noch Widerstand in dem Kernwerk am äußersten Ende dieses Wäldchens. An der Front nördlich von Verdun beschloß die feindliche Artillerie, von der ungeringen Kräfte belämpft, mit äußerster Heftigkeit die Gegend „Kalte Erde“, Fleury und Hamin-Wäldchen. Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu berichten.

Flugwesen: In der Gegend der Somme griffen unsere Jagdflugzeuge im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche deutsche Flugzeuge an; vier von diesen wurden über den feindlichen Linien abgeschossen. In der Nacht vom 9. zum 10. Juli warf ein unserer Beschießungsgehwader zahlreiche Granaten auf die Bahnhöfe von Ham und Polancourt.

Belgischer Bericht: Lebhafteste Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen der Front, besonders im Norden von Dignuiden, Steenstraete und bei Boesinghe.

Die englische Meldung.

London, 10. Juli. (W. Z. V.) Amtlich. Gaig berichtet: Gestern abend 8 Uhr unternahmen die Deutschen zwei heftige Angriffe auf den Wald von Trönes. Der erste wurde zurückgewiesen. Beim zweiten drangen die Deutschen zum südlichen Ende vor,

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. Juli 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ancre und Somme setzten die Engländer nachmittags und nachts starke Kräfte zum Angriff in breiter Front beiderseits der Straße Vauanne-Albert an. Nordwestlich der Straße wurden sie zusammengebrochen, ehe es zum Nahkampf kam, östlich der Straße entspannen sich heftige Kämpfe im Südrande des Dorfes Contalmaison und des Waldes von Namey. Die wiederholten Versuche des Feindes, das Wäldchen von Trönes wieder in die Hand zu bekommen, scheiterten unter großen blutigen Verlusten für ihn und unter Einbuße von etwa 100 Gefangenen.

Südlich der Somme wurde der Ansturm von Regener-Franzosen gegen die Höhe von La Maisonnette mit überwältigendem Feuer empfangen; einzelne Reges, die bis zu unseren Linien vordrangen, fielen unter den deutschen Bajonetten oder wurden gefangen genommen. Bei dem gestern berichteten Gegenangriff auf Barleux blieben fünf Offiziere 147 Mann gefangen in unserer Hand.

Die Artillerietätigkeit war im ganzen Kampfschnitt bedeutend, unser Sperrfeuer unterband alle Angriffsabsichten des Feindes zwischen Belloy und Soyecourt.

Im Maasgebiet fanden sehr lebhafteste Artilleriekämpfe statt. Auf der übrigen Front stellenweise gesteigertes Feuer und mehrere ergebnislose feindliche Gasangriffe. Patrouillen und Erkundungsabteilungen unserer Gegner zeigten große Müdigkeit; sie wurden überall abgewiesen.

Bei Veintrey (Lothringen) drang eine deutsche Abteilung nach einer umfangreichen Sprengung in die stark beschädigte französische Stellung ein und nahm 60 Mann gefangen; auch südlich von Lusse wurden von einer Patrouille Gefangene eingebracht.

Bei sehr reger Fliegerätigkeit ist es zu zahlreichen Luftgefechten gekommen, in denen der Feind an der Somme und westlich von Vouziers je zwei Flugzeuge verlor. Außerdem ist ein englischer Doppeldecker bei Conzelette (an der Straße Vauanne-Albert) durch Abwehrfeuer heruntergehoht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Front von der Küste bei Pust keine besonderen Ereignisse. Bei Pust Ruhe. Die russische Veröffentlichung über die Räumung der Stadt ist frei erfunden.

Gegen die Stochod-Linie lief der Gegner an vielen Stellen vergeblich an, mit stärkeren Kräften bei Czere-witzoje, Hulewicz, Korshni, Janowka und beiderseits der Bahn Kowel-Kowno. Bei Hulewicz wurde er durch kräftigen Gegenstoß über seine Stellung hinaus zurückgeworfen. Er blühte in diesen Kämpfen über 700 Gefangene und drei Maschinengewehre ein.

Unsere Fliegergehwader haben Truppenausladungen bei Horozieja (Strecke Baranowitschi-Minsk) anschiebig mit Bomben belegt und ihre Angriffe auf russische Untertunftsorte östlich des Stochod wiederholt. Im Luftkampf wurde je ein feindliches Flugzeug bei Woronitscha (westlich von Zirin) und westlich von Etonk abgeschossen.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer hatte ein Jagdkommando ein günstiges Gefecht südlich des Waldes Burkanow und hatte einige Duzend Gefangene eingebracht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Deutscher Flugzeugangriff gegen England

Amtlich. Berlin, 11. Juli 1916. (W. Z. V.) Zwei deutsche Marineflugzeuge haben nachts vom 9. zum 10. Juli die Hafenanlagen und Küstenwerke von Harwich und Dover mit Bomben belegt.

Amtlich. Berlin, 11. Juli 1916. (W. Z. V.) Zwei deutsche Marineflugzeuge haben in der Nacht vom 10. zum 11. Juli Calais und Truppenlager bei Brahdunes mit Bomben belegt. Die Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Der österreichische Generalkriegsbericht.

Wien, 11. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina keine besonderen Ereignisse. Bei Zobie am Czere-mosj wiesen unsere Truppen russische Vorkämpfe zurück.

Weiter nördlich bis an den oberen Stochod dauert, von erfolgreichen Unternehmungen unserer Jagdkommandos bei Burkanow abgesehen, die Kampfpause an.

Bei Solul brachen überlegene russische Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Vergeblich bemühte sich der Feind, seine zurückstehenden Massen durch das Feuer seiner Geschütze und Maschinengewehre zum Stehen zu bringen.

Bei Hulewicz am Stochod wurde der Gegner durch deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte nach erbitterten und wechselvollen Kämpfen geworfen.

Auch verschiedene andere Vorkämpfe, die der Feind im Stochodgebiet unternahm, scheiterten völlig.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern fanden keine Infanteriekämpfe von Bedeutung statt. Zahlreiche feindliche Ueberläufer beschäftigten die besonders schweren Verluste der Italiener bei ihren Angriffen im Raum östlich der Gima Deci.

Unsere See- und Luftkräfte besetzten militärische Anlagen und den Bahnhof von Lattiana anschiebig mit Bomben, die mehrere große Brände verursachten. Feindliche Flieger warfen in den Judikarien auf Tione Bomben ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Außer zeitweisigem Gespänkel an der unteren Bojsa nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschallsleutnant.

wurden aber sofort wieder aus dem Wald vertrieben. Ein weiterer heftiger Angriff, der später erfolgte, brach vollständig zusammen. Die Verluste des Feindes bei diesen Angriffen waren schwer. An anderen Stellen machten wir Fortschritte. Nordwestlich von Contalmaison besetzten wir ein kleines Geschütz und eroberten drei Kanonen. Heute morgen machten wir mehrere Hundert Gefangene.

London, 11. Juli. (W. Z. V.) Britischer Bericht von gestern abend. Nach einem schweren verweirten Angriff gelang es den Deutschen, in das Wäldchen von Trönes um den Preis schwerster Verluste einzudringen. Der Kampf im Wäldchen setzt sich weiter westlich fort. Wir gewannen Raum beim Namey-Wäldchen, wo die Verteidigung des Feindes unseren Anstrengungen äußersten Widerstand entgegensetzte. Wir gewannen auch Raum östlich von Dvillers und La Voiselle.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 11. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag nachmittag:

Westfront: Südlich der Binsler Sämpfe drängen unsere Truppen den Feind zurück und setzen kämpfend an vielen Stellen den Uebergang über den Stochod weiter fort. Der Gegner sprengte bei seinem Rückzug mehrere Brücken. Bei den Dörfern Swidniki (16 Kilometer westlich Sotul) und bei Alt- und Neu-Momor (17 Kilometer westlich Sotul) am linken Ufer des Stochod wird heftig gekämpft. Wir machten hier Deutsche zu Gefangenen. Zwischen Ristelin und Jubisno zwangen wir den Feind durch einen überraschenden Handstreich zur Flucht.

Die Truppen des Generals Kalebina machten in der Zeit vom 4. 7. bis 6. 7. 341 Offiziere und 9145 kampffähige Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 4 Maschinengewehre und 16 Minen- und Bombenwerfer, 7000 Gewehre, 62 Kisten voll Munition, 3 Scheinwerfer und Depots mit Kriegsmaterial. Zu diesen Trophäen sind noch die im gestrigen Abendbericht erwähnten hinzuzugählen, namentlich 300 Offiziere und 12 000 Soldaten, 45 Geschütze und anderes.

In Galizien Artilleriekämpfe, die in den Abschnitten an beiden Dnjepr-Ufern besonders heftig sind.

In dem Abschnitt der Dünaburger Front griff der Feind südwestlich des Swentensees an. Er wurde abgewiesen und zog sich in seine Gräben zurück. Westlich Baranowitschi in der Gegend des Dorfes Dodochowitsch machten die Deutschen einen neuen Gegenangriff, welchen wir durch Artillerie- und Infanteriefeuer abwiesen. An verschiedenen Stellen der ganzen Front lebhafteste Fliegerätigkeit. In der Gegend des Gwinoki-Kanals östlich der Mündung in die Zsifolda schoß unsere Artillerie ein deutsches Flugzeug ab. Wir nahmen den Führer und Beobachter gefangen. Mindestens 6 feindliche Flieger überflogen Wolobetskano und warfen 40 Brandbomben ab. Sie schlugen in einen Schuber ein, welcher zu brennen anfing.

Baltisches Meer: Bei seinen gewöhnlichen Kreuzfahrten versenkte ein Unterseeboot im Dornischen Meerbusen einen großen deutschen Dampfer, der mit Eisenerzen beladen war.

An der Kaukasusfront, westlich Platana, gingen unsere Truppen von neuem vor. Im Raum Gümuschkane drangen unsere Jagdkommandos bis über die türkische Linie hinaus vor und machten viele Feinde mit dem Bajonet nieder. Südlich des Taurus gingen unsere Truppen mit Erfolg vor und besetzten einen der wichtigsten Engpässe in der ganzen Reihe von Höhenzügen, welche der Feind seit langem ausgebaut hatte. An mehreren Stellen wurden die Türken aus ihren Stellungen vertrieben und flohen. Ebenso hatten die Truppen des Generals Krutim einen bedeutenden Erfolg. Es wurde eine große Anzahl Gefangener gemacht und ein Geschütz und ein Maschinengewehr erobert, außerdem noch andere Kriegsbeute. In diesen Kämpfen zeichneten sich besonders die Fußtruppen des Terekel-Kosakenregiments aus.

Nach ergänzenden Berichten ist der schnelle Uebergang über den Fluß bei dem Dorf Ughl im Gefecht am 8. Juli der persönlichen Heldentat des Obersten Kaniserow, des Kommandeurs des 288. Regiments in Petersburg, Ritter des Heiligen Georgsordens, zuzuschreiben, welcher sich an die Spitze seiner Vorhut setzte, sie mit sich forttrieb, mit ihnen vordreite und die ganz in Flammen gebüllte Brücke unter heftigem Artillerie- und Infanteriefeuer überbrückte.

Petersburg, 11. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag abend: Im Laufe der Gefechte am Stochod versuchte der Feind am linken Ufer festen Fuß zu fassen. Der Gegner suchte mit allen Mitteln die Erfolge unserer Offensive aufzuballen. In der Gegend des Dorfes Iwanowka (8 Kilometer nördlich Kaszonska am Stochod) warfen zwei feindliche Flugzeuggeschwader ungefähr 70 Bomben auf unsere Sanitätskolonnen und verwundeten zwei barmherzige Schwestern. — In Böhmen und Galizien Artilleriekämpfe. Die feindliche Artillerie beschloß mit großen Kalibern die Gegend von Gladki und Dabrow (16 Kilometer nordwestlich Tarnopol).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Zwischen Etsch und Brenta Artillerie- und Fliegerätigkeit. Feindliche Granaten riefen Feuerbrünste in Vedugga und anderen Ortshöfen im Hochstochgebiet hervor. Ein Angriffsversuch des Feindes gegen den Monte Selugga wurde von uns kurz abgeschlagen. In der Gegend der Tosana (Hochboite) bemächtigten sich in der Nacht zum 9. Juli unsere Alpinabteilungen durch ein geschicktes und kühnes Manöver eines großen Teiles des Tales zwischen der ersten und zweiten Tosana im Nordwesten der Schaukette und einer starken Stellung auf der ersten Tosana, welche das gleiche Tal beherrscht. Die feindliche Besatzung wurde umzingelt und gezwungen, sich zu ergeben. 100 Gefangene, darunter 8 Offiziere, fielen in unsere Hand, mit ihnen drei Maschinengewehre und eine reiche Beute an Waffen und Munition. Im Hochhut Artilleriekampf und kleine Infanteriegefechte auf dem Jellenkofel. Auf den Höhen nordwestlich von Görz griff der Feind nach einem kräftigen Bombardement während des 8. Juli am Abend unsere Stellungen an dem oberen Monte Sabotino mit bedeutenden Kräften an. Nachdem das Vordringen des Feindes sah von unserem Feuer zum Stillstand gebracht worden war, fügten unsere Leute aus ihren Schützengräben hervor und schlugen den Gegner mit dem Bajonet in die Flucht. Sie brachten ihm schwere Verluste bei und nahmen ihm Gefangene ab. Feindliche Flieger warfen Bomben auf die Stadelle und auf einige Ortshöfen am unteren Nonzo. Es wurde niemand getötet und leichter Sachschaden angerichtet. Ueber Görz brachte einer unserer Flieger nach kurzem Luftkampf ein feindliches Flugzeug zum Absturz. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 10. Juli. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front keine Veränderung. Im Abschnitt von Jelahie wurde eine herittene feindliche Erkundungsabteilung überfallen. Sie floh und ließ ihre Pferde zurück.

Von der persischen Front ist keine neue Nachricht eingegangen.

An der Kaukasusfront hat sich auf dem rechten Flügel nichts von Bedeutung ereignet. Südlich des Tschorot wurden die vom Feinde vorgestern in Gruppen im ganzen Abschnitt versuchten Gegenangriffe sämtlich abgewiesen. Die feindlichen Truppen, denen es gelungen war, in einigen Abschnitten in unsere vorgeschobenen Schützengraben einzudringen, wurden nach Osten zu verjagt, nachdem wir einen Gegenangriff gemacht hatten, der zu einem blutigen Handgemenge geführt hatte. Nördlich des Tschorot fanden auf dem linken Flügel Scharmittel statt. Sonst nichts von Bedeutung.

Das U-Boot als Handelsschiff.

Baltimore, 10. Juli. (W. T. V.) Der Kapitän des U-Bootes „Deutschland“ erklärte mit aller Bestimmtheit, daß die „Deutschland“ das erste einer Reihe von gleichartigen Schiffen sei, die erbaut wurden, um einen regelmäßigen Handel mit überseeischen Ländern einzurichten. Das U-Boot habe Bremen mit ungefähr 750 Tonnen kostbaren Farbstoffen verlassen. Als es am Sonnabend letzter Woche in die Nähe der Virginia-Vorgebirge kam, habe er beschlossen, unter Wasser die Dunkelheit abzuwarten, ehe er näher an die Küste herankomme. Als das volle Mondlicht kurz nach Mitternacht aufhörte, sei die „Deutschland“ mit voller Kraft zwischen den Virginia-Vorgebirgen hindurchgefahren. Das U-Boot hat den Ocean von Helgoland aus in gerader Linie durchquert. Neunzig Meilen legte es unter Wasser zurück. Auf der Nordsee sah es wiederholt Rauchwolken von britischen Kreuzern und Zerstörern.

Berlin, 11. Juli. (W. T. V.) Zu dem Erfolg unserer U-Boote als Waffe ist ein neuer auf einem anderen Gebiet hinzugekommen: eine Ladung wertvoller Güter ist von dem Handelsunterseeboot von Deutschland nach Baltimore gebracht worden. Der Gedanke, diesen Schiffstyp auch für nichtmilitärische Zwecke nutzbar zu machen, lag für Italien wie für die Türkei auf der Hand, wurde aber an der Germaniawerft in Kiel, die als älteste U-Boot-Werft in Deutschland über die weitgehendsten Erfahrungen auf dem Gebiete des U-Boot-Baus verfügt, von Anfang an nicht nur ins Auge gefaßt, sondern man schritt hier sofort zu seiner Verwirklichung. Die von ihr entworfenen Pläne wurden der Deutschen Ozean-Reederei-Gesellschaft in Bremen zur Verfügung gestellt. Das Boot wurde auf Grund der mit dieser Reederei gepflogenen Unterhandlungen von der Germaniawerft mit größter Beschleunigung für die Deutsche Ozean-Reederei-G. m. b. H. gebaut. Es handelt sich um ein U-Boot, das ohne jede Bewaffnung geeignet war, Leicht- und Schwermetalle in Unter- und Ueberwasserfahrt auf weite Strecken zu befördern. An Größe übertrifft es die bis jetzt für militärische Zwecke gebauten Boote. Dabei konnte der sonst für Armierungszwecke beanspruchte Raum zur Stauung von Gütern verwendet werden.

Kopenhagen, 11. Juli. (W. T. V.) Im Leitartikel von „Dagens Nyheter“ über die Ankunft des Unterseebootes „Deutschland“ in Baltimore heißt es unter anderem: Mit dem unwillkürlichen Gefühl von Bewunderung verzeiht man diesen neuen Beweis deutscher Energie und Initiative. Allein der Umstand, daß das erste Unterseeboot mit ausschließlich friedlicher Bestimmung jetzt Laifache ist, daß dieses Fahrzeug in Deutschland gebaut wurde und auf der langen Reise über das Atlantische Meer seine Probe bestanden hat, muß Achtung einflößen vor einem Volke, dem dieser Fortschritt zu verdanken ist. Es wird der Zukunft vorbehalten sein, auf dem jetzt angewiesenen Wege fortzuschreiten. Das erste Friedensunterseeboot, das über das Weltmeer gegangen ist, führt die deutsche Flagge. Möge dies von guter friedlicher Vorbedeutung sein.

Köln, 11. Juli. (W. T. V.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Washington vom 9. Juli: Das Staatsdepartement war vor ein erstes diplomatisches Problem gestellt, besonders weil der englische Votschafter darauf bestand, daß das deutsche U-Boot als Kriegsschiff anzusehen sei und infolgedessen nur 24 Stunden verweilen dürfe. Vaning dagegen erklärte vor einigen Tagen, das Schiff werde als Handelsschiff angesehen, wenn es den Charakter eines Handelsschiffes aufweise. Die stark bezweifelte Ankunft des deutschen Tauchbootes „Deutschland“ diesen Morgen erregte das größte Aufsehen, das je beobachtet wurde.

Die „Deutsche Tageszeitung“ über die Bedeutung des Handels-U-Bootes.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Durch die sogenannte englische Blockade, für deren Effektivität man im Sinne der früheren Bestimmungen noch nie den Nachweis hat erbringen können, ist die „Deutschland“ nicht behindert worden; das war zu erwarten. Auch in Zukunft wird England einen solchen Frachtverkehr schwerlich hindern können. Andererseits bedeutet es naturgemäß eine sehr starke Ueberbetreibung, wenn hier und da angedeutet wird, die Fahrt des Unterseebootes „Deutschland“ und seiner Nachfolger bedeute überhaupt das Ende der Seeschifffahrt Deutschlands. Davon ist nicht die Rede, so hoch man auch mit Zug und Recht einen unterseeischen Frachtverkehr einschätzen muß. Allein der Hinweis aber auf einen Vergleich mit dem Umfange des transatlantischen Frachtverkehrs Deutschlands vor dem Kriege zeigt ohne weiteres, daß auf diesem Wege ein Ersatz nicht geboten werden kann. Diese Tatsache ist eine Selbstverständlichkeit und, wenn wir gleichwohl darauf hinweisen, so geschieht es im Hinblick auf die jetzt bereits bei uns beginnenden Ueberbetreibungen und Uebersehenslichkeiten. — Bei der Besatzung der Amerikaner wird die Ankunft deutscher Unterseebooter in Häfen der Vereinigten Staaten wohl gewaltigen Aufsehen erregen und dieselben sich in enthusiastischen Zeitungsartikeln Luft machen. Aus solchen Äußerungen politische Folgerungen und Schlüsse auf eine Neugestaltung der amerikanisch-deutschen Beziehungen und ihrer Grundlagen zu ziehen, würde ein großer Fehler sein. Der Amerikaner bleibt wie er ist, einerlei, was für Worte er für Sensationen dieser oder jener Art finden mag.“

Wenn es dem Bündlerblatt nur auf eine Warnung vor überhöhen Ueberbetreibung des neuen Verkehrsmittels anlämte, könnte man ihm nur zustimmen. Aber ihm kommt es offensichtlich in der Hauptsache darauf an, sein Alibi-Mittel nicht in Vergessenheit kommen zu lassen: den uneingeschränkten U-Boottkrieg.

Deutscher Dampfer in der Ostsee versenkt.

Swinemünde, 11. Juli. (W. T. V.) Die Besatzung des in der Nacht vom 8. zum 9. Juli im Botinischen Meerbusen südlich von Umea versenkten deutschen Dampfers „Dorita“ ist gestern in Sahnig eingetroffen. Der Steuer- mann und der erste Maschinist berichten, daß in der genannten Nacht 2 Uhr vormittags bei Skag Udde in zirka zwei bis drei Seemeilen Entfernung vom Lande ein U-Boot in etwa zwei Seemeilen Abstand achteraus in Sicht kam und ohne Warnung Feuer auf den Dampfer eröffnete. Der an Deck kommende Kapitän ließ stoppen, worauf das

U-Boot näherkam und durch Winke zu verstehen gab, daß die Mannschaft des Dampfers in die Boote gehen sollte. Der Kapitän erhielt den Befehl, die neuesten Seekarten und nautischen Instrumente mitzunehmen und wurde mit ihnen an Bord des U-Bootes zurückgehalten, während die Mannschaft des Dampfers an Land fahren durfte. Das U-Boot hieß „Boulong“ und war offenbar russischer Nationalität. Es hat im ganzen zirka 50 Schuß auf den Dampfer abgegeben, von denen vier bis fünf Treffer waren.

Zur Torpedierung des holländischen Fischdampfers „Geertreuida“.

Haag, 11. Juli. (W. T. V.) Das Korrespondenzbureau meldet über die Versenkung des holländischen Fischdampfers „Geertreuida“ durch ein U-Boot, daß der Kapitän, der zweite Maschinist und ein Matrose vom U-Boot als Zeugen mitgenommen wurden. Die übrige Besatzung wurde, nachdem der Dampfer durch mehr als zwanzig Schüsse zerstört war, und die Leute in die Boote gegangen waren, von dem U-Boot ins Schlepptau genommen und später dem Fischerfahrzeug „Sch. 307“ übergeben, das nach Holland zurückgeführt ist. Ein Mann lagten übereinstimmend aus, daß das U-Boot etwa 20 Schüsse löste, die Maschinen, Schornsteine, Brücke und andere wichtige Teile des Schiffes traf. Der letzte Schuß sei durch die Maschinenkammer gegangen und habe zur Folge gehabt, daß der Dampfer binnen drei Minuten sank. Es sei niemand verwundet worden. Das Schiff habe alle Kennzeichen seiner Nationalität geführt, es habe zuerst die kleine niederländische Flagge im Topp geführt und nach dem ersten Schuß die große Flagge gehißt. Als das U-Boot, das aus einer Entfernung von 1000 Metern gefeuert hatte, sich den Rettungsbooten näherte, habe der Kapitän den Kommandanten darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um ein holländisches Schiff handele, das sich seiner Schuld bewußt sei. Der Kommandant habe demgegenüber geltend gemacht, daß der Fischdampfer einen nordwestlichen Kurs, also in Richtung nach England gefahren sei. Ferner erklärte die Besatzung übereinstimmend, daß das Fahrzeug sich auf der Heimreise befand, daß sein Kohlenvorrat zu Ende ging und daß es sofort gestoppt habe. Die Ladung habe aus Heringen bestanden.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 11. Juli. (W. T. V.) Amtlich. General Smuts berichtet: Tanga wurde am 7. Juli besetzt. Der Feind leistete schwachen Widerstand bei der Räumung der Stadt, nachdem er die Wasserwerke zerstört hatte.

Das Wirken der französischen Zensur.

Der „Populaire du Centre“, das topfere Blatt von Limoges, ist für fünf Tage verboten. Weshalb? Wir wissen es nicht, können es auch nicht erraten, denn wir haben die Nummern der letzten Juniwoche nicht erhalten. Der „Petit Limousin“, ein zweites Blatt der sozialistischen Minderheit, das ebenfalls in Limoges erscheint, geht uns an Stelle des verbotenen zu. Aus ihm erfahren wir von der Mahregelung, aber alle Stellen, aus denen man auf die Ursache des Verbotes schließen könnte, sind sorgfältig von der Zensur gestrichen. Der „Populaire du Centre“ hat protestiert, aber gegen was? Was hat den Kerger der Staatswächter erregt?

Der „Petit Limousin“ hat die Artikel, die der „Populaire“ bringen wollte, übernommen. Longuet bringt eine Würdigung Liebknechts. Den ausführlichen Bericht über die Verhandlungen der französischen Kammer mit den Erklärungen der sozialistischen Fraktion und der drei radikalen Genossen finden wir ebenfalls. Hatte die Zensur vielleicht gehofft, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen und auch diesen Bericht der Bevölkerung von Limoges vorenthalten zu können? Aber das Blatt enthält auch einen flammenden Aufruf an die Genossen, dem „Populaire“ treu zu bleiben, und dieser Aufruf ist zugleich ein Appell für Frieden, Freiheit und Recht. Die letzten Sätze lauten:

„Ueber dem Getümmel, wo die Menschheit sich zerfleischt, sich ruiniert, alle Würde verliert und zur Barbarei zurückkehrt, hat der „Populaire du Centre“ Worte der Liebe, der Brüderlichkeit und der Vernunft hören lassen und wird es weiter tun. Er wird nicht aufhören, den Menschen, die sich in dem Wirbel verirrt und verloren haben, die durch all das Entsetzen den Verstand eingebüßt haben, die einzige rettende Planke zu zeigen: den Sozialismus.“

Nichts als der Sozialismus kann tatsächlich die Wiederkehr einer so furchtbaren Katastrophe verhindern.

Genossen, die ihr einen dauerhaften Frieden wollt, die ihr endlich die Gerechtigkeit, das Recht, die Freiheit, die Brüderlichkeit, die Solidarität auf dieser Erde herrschen sehen wollt, alle die Tugenden wahrer menschlicher Zivilisation, seht den „Populaire du Centre“, verbreitet ihn überall! Es lebe der „Populaire du Centre“!

Die französischen Genossen werden dafür sorgen, daß das Verbot der Zensur unwirksam wird, daß es das Gegenteil von dem erreicht, was es wollte. Nicht beruhigend wird es wirken, sondern wie alle solche Maßnahmen aufreizend, weil sie erkennen lassen, daß der Bevölkerung die Wahrheit vorenthalten werden soll.

Der irische Ausgleich.

London, 11. Juli. (W. T. V.) Neuntermeldung. Premierminister Asquith gab im Unterhause einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Punkte des irischen Ausgleichs. Diese sind: Die sechs Grafschaften von Ulster sind ausgenommen. Das Parlament für das nationalistische Irland besteht aus den gegenwärtigen Abgeordneten des Gebietes im englischen Unterhause. Das Gesetz, welches den Ausgleich enthält, wird Heer, Flotte und alle Angelegenheiten, die sich aus dem Kriege ergeben, der ausschließlichen Verfügung der Reichsregierung vorbehalten. Die Abmachung bleibt während des Krieges und noch zwölf Monate danach in Kraft und kann verlängert werden, bis das britische Parlament die Regierung Irlands für die Dauer regelt. Asquith richtete jedoch eine Mahnung an das Haus, die Gelegenheit zu ergreifen, die vielleicht nie wiederkehren werde, um zu einer Verständigung zu kommen, die den Kern zu einem wirklichen und dauernden Ausgleich enthalten könnte.

Griechischer Prinzenbesuch in Petersburg.

Bern, 11. Juli. (W. T. V.) Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Athen werden heute abend die Prinzen Nikolaus und Andreas über Messina nach Petersburg zum Besuch der Königin Olga abreisen. Es gehe das Gerücht, daß die Prinzen mit einer diplomatischen Mission bei den Schutzmächten betraut seien, was jedoch nicht bestätigt werde.

Amerika kauft dänische Inseln.

Den Londoner „Times“ wird aus Kopenhagen gemeldet, daß der Verkauf der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten in den nächsten Tagen erfolgen werde, wenn das Abkommen nicht bereits abgeschlossen sei. Der Verkauf bezieht sich

wieselfach abfälligen Kritik, weil Dänemark seit 1910 große Verbesserungsarbeiten dort habe ausführen lassen, aber ernsthafter Widerstand des dänischen Reichstags werde nicht erwartet, da die Regierung wichtige Gründe für den Verkauf geltend machen dürfe. Man sehe diese Gründe in der Aufzählung der unruhigen farbigen Bevölkerung, die durch den Regieratator Jackson ausgehört werde.

Politische Uebersicht.

Uebertroffene Hoffnungen.

Eine Anzahl von Parteiblättern der Mehrheit liebt es, der Minderheit vorzuhalten, welche Wirkungen das Auftreten der Minderheit im Auslande angeblich auszulösen geeignet ist. Es ist unter den gegebenen Verhältnissen sehr schwierig, der Mehrheit nachzuweisen, welche Rückwirkungen ihr eigenes Verhalten in Wirklichkeit im Auslande zeitigt. Dagegen ist es ein Leichtes, festzustellen, wie unsere politischen Gegner im Inlande auf die Betätigung und die Anschauungen der Parteirechten reagieren. Trotzdem wir bereits einigemal bürgerliche Pressestimmen über das Buch von Haenisch zitiert haben, scheint uns die Äußerung der nationalliberalen „Deutsche Stimmen“ so charakteristisch, daß wir auch diesen Kommentar noch wiedergeben. Die nationalliberale Halbmonatsschrift schreibt:

„Wieviel von den sozialdemokratischen Massen steht hinter Haenisch und seiner Gesinnung? Wir hoffen, ein beträchtlicher Teil! Mit solchen Männern ist eine Verständigung möglich. Wie oft haben wir bürgerlichen Bräutigam vor dem Kriege erklärt: Nur wenn die Sozialdemokratie dem Staate nicht mehr die Mittel zu seiner Verteidigung verweigert, wenn sie aufhört, unsere monarchischen und nationalen Gefühle zu verletzen, können wir mit ihr verhandeln und paktieren.“

Hier ist in aller Form zugeklagt, daß diese Wandlung erfolgen soll, und weit darüber hinaus wird eine Reform der Anschauungen in außerpolitischer und sozialpolitischer Richtung verheißen, die unsere Hoffnungen übersteigt. Natürlich fehlen auch Anschauungen und Urteile nicht, die aus der alten Kampfstimmung stammen.“

Ein derartiges Urteil wird ja nicht zum ersten Male über das Buch von Haenisch abgegeben. Ersäunlich bleibt nur, daß der Verfasser und seine Gesinnungsfreunde dieses „Lob“ aus bürgerlichem Mund so ruhig einstecken.

Eine kirchliche Mahnung an die katholische Presse.

Die Kriegstreiber der katholischen Blätter findet in den „Petra“-Blättern in Triest, die als Sprachrohr des Bischofs von Triest gelten, entschiedene Verurteilung. In einem Artikel: „Katholik und innere Politik“ schreibt das Blatt:

„Der Papst denkt ganz gewiß nicht an die unbedingte Niederwerfung eines Teiles (der Kriegführenden), an einen sogenannten Eroberungskrieg... Weil die Presse nicht unbeteiligt an dem Beginne des ungeheuren Kampfes war, deshalb soll sie auch jetzt mithelfen, die Geister, die sie rief, zu beschwichtigen... Vor allem die katholische Presse sollte sich deshalb bemühen, den Wünschen der obersten kirchlichen Stellen gerecht zu werden, sie besonders sollte es vermeiden, eine immer blutigere Kriegführung und die Anwendung der schärfsten Waffen, die zu Gebote stehen, zu fordern... Es erscheint uns deshalb, um das einmal offen herauszusagen, unverständlich, weshalb so manche Päpste, die auf ihr Ansehen als katholische Zeitung Wert legen, in den letzten Wochen und Monaten die weite Kreise beschäftigende Hege gegen den Reichstangler in der U-Boot-Frage und die daran anschließende Tätigkeit der Piraten der öffentlichen Meinung (Kapp und Genossen) mitmachen respektive unterstützen konnten.“

Gegen die Kasernierung.

Die in diesen Tagen zusammengesetzte Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen nahm folgende Entscheidung an: Die Konferenz Deutscher Evangelischer Arbeitsorganisationen stimmt den in der Vorlage des Deutsch-Evangelischen Vereins zur Förderung der Sittlichkeit gegebenen Forderungen im allgemeinen grundsätzlich zu. Insbesondere fordert sie die Schaffung eines Gesundheitsamtes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unter Aufhebung der Reglementierung, der Bordelle und der Kasernierung in jeglicher Form.

Die Münchener Lebensmittelkrawalle

haben, wie Berliner Blätter melden, einem Beteiligten anderthalb Jahre Gefängnis eingebracht. Der 18jährige Schloßer Richter wurde wegen Widerstandes, Waffentragens und weil er ein Auslagefenster mit einem Stein einwarf, zu dieser Strafe verurteilt. Untersuchungshaft wurde angeordnet. Das Gericht sagte in der Begründung, daß durch derartiges gewissenloses Handeln, das an Landverrat grenze, auch gereifte Leute zu Schritten von den bedenklichsten Folgen veranlaßt werden könnten. (z)

Kriegsbekanntmachungen.

Vorsicht bei Mitteilungen an deutsche Kriegsgefangene im Auslande.

Amtlich. Berlin, 11. Juli. (W. T. V.) Immer wieder wird die Beobachtung gemacht, daß in Briefen an die deutschen Kriegsgefangenen im Auslande von ihren Angehörigen Mitteilungen über Ereignisse in Deutschland (z. B. Bahnfahrten, Gerichtsverfahren, Fabriken usw.) gemacht werden, deren Bekanntwerden bei unseren Feinden im Interesse der Landesverteidigung höchst unerwünscht ist. Die mit unseren Kriegsgefangenen im Auslande in Briefverkehr stehende Bevölkerung kann nur auf das eindringlichste ermahnt werden, in ihren Briefen alle Angaben, die irgendwie mit unseren militärischen Maßnahmen in Verbindung stehen könnten, zu vermeiden.

Letzte Nachrichten.

Eingeleitete Verfassungsinitiative der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Bern, 11. Juli. (Z. U.) Die von der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei eingeleitete Verfassungsinitiative auf Abschaffung der Militärjustiz erzielte die erforderliche Zahl von 50 000 Unterschriften, wird aber beim Parlament und bei der Volksabstimmung voraussichtlich nicht durchgehen, als die erwünschte Revision des Militärstrafrechts in Angriff genommen ist.

Tenerungsdemonstration in Holland.

Haag, 11. Juli. (W. T. V.) Heute fand hier eine vom revolutionär-sozialistischen Komitee veranstaltete Kundgebung gegen die Lebensmittelpolitik der Regierung statt. Mehrere tausend Männer und Frauen nahmen daran teil. Es wurde eine von 67 000 Personen gezeichnete Adresse dem Ministerium des Innern und eine Abschrift davon der Zweiten Kammer überreicht. Nach der Straßendemonstration wurden Versammlungen abgehalten. Es kamen keine Ausschreitungen vor.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Eine Kommission aller bei der Firma E. u. S. Beschäftigte Arbeiter wünscht den Kriegsschein aus folgenden Gründen: Die Arbeiter haben längere Zeit mehrere Ueberstunden pro Tag gemacht und wollten dies in Zukunft nur, wenn für die Ueberstunden noch ein besonderer Zuschlag gezahlt wird. Da aus den Lohnlisten feststeht, daß die Stundenverdienste der Arbeiter dieses Betriebes bereits jetzt erheblich über das gegenwärtig übliche Maß hinausgehen, wurde das Verlangen der Arbeiter nicht als berechtigt anerkannt und die Ausstellung eines Kriegsscheins abgelehnt. Lediglich für die im Lohn beschäftigten Hilfsarbeiter sollen die Löhne im Betrieb nochmals Gegenstand einer Verhandlung sein, da hier wohl eine Aufbesserung am Platze ist.

Von der Firma B. erscheint der Schlosser St. und will einen Kriegsschein, weil er zu wenig Lohn erhält. Vor kurzem war dem Schlosser schon Zulage versprochen, diese aber nicht gezahlt worden. Die Sache wird durch Aussprache dahin erledigt, daß St. nunmehr die verprochene Zulage erhält, und zwar auch für die zurückliegenden Wochen.

33 Revolverdreher und Werkleugmacher der Firma L. wollen den Kriegsschein wegen zu geringem Lohn. Es kommt zu einer Verständigung dahin, daß zunächst eine allgemeine Aufbesserung aller Akkorde erfolgt, und bei den Freien, die dann noch nicht zeitgemäßen Verdienst ermöglichen, sollen weitere Zulagen erfolgen.

Der Einrichter W. von der Firma A. Söhne wünscht einen Kriegsschein, weil er zu wenig verdient. Es wird festgesetzt, daß der Verdienst wirklich zu gering, und da die Firma nicht bereit ist, den Verdienst zu erhöhen, erhält der Mann den Kriegsschein.

16 Arbeiter der Firma S. in B. wollen den Kriegsschein wegen zu wenig Verdienst. Da die Lohnlisten ergeben, daß der Verdienst dieser Arbeiter erheblich über dem allgemeinen Durchschnitt der Branche steht, wird die Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt. — Von der gleichen Firma erscheint der Dreher K. und will einen Kriegsschein wegen zu wenig Verdienst. Es wird festgesetzt, daß sein tatsächlicher Verdienst erheblich höher ist, als er angegeben, K. wird deshalb mit seinem Verlangen abgewiesen. — Auch der Stoher A. der gleichen Firma will den Kriegsschein, weil er wegen Krankheit die lange Fahrt von seiner Wohnung nach dem Betriebe nicht betreiben kann. A. soll ein ärztliches Attest vorlegen. Wenn dies seine Krankheit bestätigt, wird ihm der Kriegsschein erteilt.

Deutsches Reich.

Deutsche Textilarbeiterfürsorge in einem neutralen Ort.

In der Nachbarschaft von Wachen liegt ein Dorf mit circa 2800 Einwohnern: Neutral-Moresnet. Nicht daneben liegen die Dörfer Preußisch-Moresnet und Belgisch-Moresnet. Bei den Friedensverhandlungen auf dem Wiener Kongress im Jahre 1815 ist das Dorf Neutral-Moresnet keinem der angrenzenden Staaten zugeweiht worden. Seit dem Jahre 1816 bis zum Jahre 1841 wurde es von Preußen und Belgien gemeinsam verwaltet. Seit dieser Zeit hat es aber Moresnet verstanden, sich dieser Verwaltung zu entziehen und hat an seiner Spitze neben einem aus 10 Mitgliedern bestehenden Komitee, einen Bürgermeister. Seit 1815 ist das Dorf also — wenn auch mit gewissen Einschränkungen — ein völlig selbständiges Gebiet und wird von seinen belgischen und preussischen Nachbarn auch als neutrales Gebiet geachtet und behandelt. Moresnet hat seine eigenen Gesetze; dort gilt noch der „Code Napoléon“. Zur Rechtspflege sind die preussischen und belgischen Gerichte, je nach Wahl, zuständig.

So sorgenfrei und unabhängig das kleine Staatswesen nun hundert Jahre lang gelebt hat, so schwer wird es doch jetzt auch von dem Kriege und dessen wirtschaftliche Begleiterscheinungen bedrückt. Der größte Teil seiner Arbeiterschaft findet im benachbarten Wachen in der Textilindustrie Brot und Lohn.

Seit Jahr und Tag ist die Erwerbsmöglichkeit in der Textilindustrie eine beschränkte, was ja dazu geführt hat, daß Reich, Staat und Gemeinden die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen Textilarbeiter unterstützen.

Unter einem noch größeren Druck als in Deutschland setzen jetzt die Textilarbeiter von Neutral-Moresnet, da das kleine Gemeinwesen keine Unterstützungsmöglichkeit innehat. Die dortigen Textilarbeiter sind auch von dem Notwendigsten entblößt, denn schon seit einem vollen Jahre leiden sie nun ganz erheblich unter der anhaltenden Arbeitslosigkeit und der großen Teuerung. Ueberall, wo sich die Gemeinde Moresnet hingewandt hat, um Unterstützung für ihre Angehörigen zu erhalten, wurde sie abgewiesen, weil sie keinem der benachbarten Staaten angehört.

Wie verlautet, hat die preussische Regierung sich bereit erklärt, die dortigen Textilarbeiter nach eben demselben Modus zu unterstützen, wie es in Deutschland der Fall ist.

Aus der Partei.

Zur vorgeschlagenen Einberufung eines Parteitag.

Das „Allgemeine Anhalt“ hatte vor kurzem den Vorschlag gemacht, einen deutschen Parteitag einzuberufen mit der Tagesordnung: Bericht der Reichstagsfraktion, Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung und Vornahme der nötigen Wahlen. Gegen diesen Vorschlag wendet sich nun auch die „Frankfurter Tagespost“ in folgenden Ausführungen:

„Der Aufruf zur Einigkeit der Partei, den unsere Organe kennen, wurde nicht nur in der Presse, sondern auch in den Organisationen vielfach erörtert. Hierbei tauchte wieder der Gedanke auf, einen Parteitag abzuhalten, der durch seinen Spruch dem Willen der gesamten Partei Ausdruck verleihen und damit den Streit zu irgendeinem Abschluß bringen, den leitenden Organen der Partei neue Autorität gibt und, wo dies nicht möglich ist, durch einen Wechsel der Personen oder organisatorischen Einrichtungen Wandel schafft, damit die unheilvollen Zustände und gegenseitigen Beschuldigungen, die ununterbrochenen Reibungen zwischen den Organen der Partei ein Ende finden. Das klingt alles so selbstverständlich, so klar. Aber es ist nicht verständlich, weil es etwas Unmögliches fordert. Wäre ein Parteitag möglich zum Ausgleich der Differenzen, die innerhalb der Partei wüsten, dann hätte es des Aufrufes zur Einigkeit nicht bedurft, um diesen Gedanken neu anzuregen, dann hätte der Parteitag schon längst stattgefunden. Soll im Spätherbst 1918 die Abhaltung eines Parteitages leichter möglich sein, als zu Beginn dieses Jahres? Heute sind neue Hunderttausende, die am Beginn dieses Jahres in Werkstatt und Fabrik arbeiteten, unter militärischem Besch, heute ist der Kriegszustand und die Zensur, trotz der Versprechungen Weismann-Hollwegs, nicht nur um das Gewicht eines Haares erleichtert gegenüber jener Zeit. Heute gibt es zahlreiche, ganz allgemeine Versammlungsvorhote, die vor einem halben Jahre noch nicht bekannt waren, außerdem Redeverbote für einzelne Genossen und Schwierigkeiten für die Parteipresse. All dies läßt eine normale Vorbereitung eines Parteitages durch die freie Erörterung der Tagesordnungspunkte in Parteiverfassungen und Parteizeitungen nicht zu, ebensowenig ist eine Sicherung vorhanden, daß die Erörterungen auf dem Parteitage rückfallslos möglich sind, und endlich ist eine Redierklärung und Kommentare über die Verhandlungen und über die Beschlüsse des Parteitages eingeklagt. Ebenso fehlt die Möglichkeit, selbst unter opferfreudiger Uebernahme von Gefahren, Parteitage im Auslande abzuhalten, wie das unter dem Sozialistengesetz zweimal in der Schweiz und einmal in Dänemark geschah.

Ein Parteitag kann nur dann gewünscht werden, wenn seine Beschlüsse als frei und unbehindert gefaßt von

frei und unbehindert gewählten Vertretern bestimmt empfunden werden. Das ist heute noch die Weniger möglich als unter dem Sozialistengesetz, das ist aber heute weit notwendiger, als in den zwölf Jahren der Herrschaft des Gesetzes zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Verbrechen der Sozialdemokratie. Denn so schwer damals auch die Lage der Partei war, so war sie trotz mancherlei Unstimmigkeiten und Mifftönen, doch im Vergleich zu heute innerlich weit mehr geeinigt, die verantwortlichen Personen waren von weit stärkerem Vertrauen getragen, als das heute der Fall ist.“

Der „Generalanzeiger für Gotha“ bemerkt zu dem Vorschlag:

„Ein Parteitag war 1914 und 1915 so dringend nötig wie 1916 — aber die Hindernisse sind jetzt nicht geringer wie früher. Ein Parteitag ist jetzt aber auch nicht soviel dringender wie in den ersten beiden Kriegsjahren, daß man ihn auf Kosten aller demokratischen Vorbereitungen herbeiführen müßte. Oder muß man? Was ist gefährlicher, wenn der Parteitag jetzt nicht kommt? Braucht die Fraktionsmehrheit besondere Vollmachten? Dazu hat man ja die Befugnisse des Parteiausschusses entsprechend zurechtgerichtet. Oder denkt man die „Einheit“ der Partei und der Fraktion, über die reichliche Arokolbilstränen vergossen werden, durch einen Mehrheits-Parteitag zu reparieren, der die programmwidrige Politik der Fraktion und die statutenwidrige Selbstherrlichkeit des Parteivorstandes heilig sprechen soll?“

Ist es nicht anderes, was „Differenzen“ erzeugte, als die Frage der Landesverteidigung, die in weitreichender Konsequenz jetzt eben von den bayerischen Genossen dahin gelöst wurde, daß sie im Landtag den Militäretat bewilligten? Soll und kann es einen Parteitag geben, dann muß er alle Fragen unserer künftigen Politik behandeln, und er muß vor allem die Frage klar beantworten, ob die deutsche Sozialdemokratie der Politik der Kolb, Seine, Bens, Densch, David, Südekum ausgeliefert werden soll — wenn sie sich es bieten läßt. Und sie läßt es sich nicht bieten!

Unter solchen Umständen wäre ein so aufgestungener Parteitag vielleicht das letzte Mittel, der Mehrheitspolitik und der Politik des Parteivorstandes noch ein paar Jahre das Leben zu fristen. Aber das wäre zugleich das beste Mittel, die Partei auseinander zu sprengen. Wir halten die Partei für stark und widerstandsfähig genug, daß selbst die Gewalttaten der „Anstalten“ und ihrer Treiber ihrer ewig jugendlichen Gesundheit nichts anhaben können. Aber jeden Heilmittelschwindel, auch den der „Mehrheit“, bedenken wir rücksichtslos auf!“

Zum Frankfurter Konflikt.

Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. erhalten wir mit dem Ersuchen um Veröffentlichung nachstehende Zeilen:

Der Parteivorstand sagt in seiner Zuschrift zum Frankfurter Konflikt u. a.:

1. „Da der erweiterte Bezirksvorstand ein Flugblatt herausgab und im Bezirk verbreitete, in dem zum Vorholz des Frankfurter Parteivorstandes aufgeführt wurde, beizulassen die Kreisorganisation Frankfurt, ihren Bezirksbeitrag zurückzuhalten, damit nicht ihre Mittel noch zur Bekämpfung ihres Zeitungsunternehmens verwendet würden.“ Dazu ist zu bemerken: Die Frankfurter Organisation verweigert dem Bezirksvorstand eine weitere Abführung der Pflichtbeiträge, entgegen den klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts. Diese statutenwidrige Handlung — hieß es an anderer Stelle nicht „Parteierrörung“? — wird nicht besser, wenn sie durch die Worte „Zurückhaltung des Bezirksbeitrags“ freundschaftlich umschrieben wird. Das vom Parteivorstand erwähnte Flugblatt aber wurde nicht aus Mitteln der Bezirkskasse bestritten. Damit fällt auch selbst das „Erklärliche“ des Frankfurter Vorgehens, wie es in der Zuschrift des Parteivorstandes heißt, in sich zusammen.

2. Der seit Ausbruch des Krieges in der Höhe von 1200 M. pro Quartal vom P.-V. erhaltene Zuschuß reichte kaum hin, um auch nur die absolut notwendigen Ausgaben des Bezirksvorstandes zu bestreiten, die in den Einrichtungen des Bezirkssekretariats und der Bezirksorganisation gegeben sind. Zugewiesen gingen die Einnahmen aus dem Bezirk mit jedem Quartal mehr zurück, entsprechend der geringeren Mitgliederzahl. Der Parteivorstand sagt in seiner Zuschrift:

„Die Herabsetzung auf 600 M. war in diesem Falle um so unbedenklicher, als eine Einsicht in die Kassengebarung des Bezirks ergab, daß die Bezirksorganisation mit diesem Betrage auskommen konnte, wenn sie ihre Aufgaben unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse auf das durch das Parteinteresse gebotene Maß beschränkte.“

Wir warten bis zur Stunde vergeblich darauf, vom P.-V. irgendwie eine sachliche Begründung seines Standpunktes zu erhalten. Ebenso fehlt uns bisher jeder materielle Anhaltspunkt über die „Einsicht in die Kassengebarung des Bezirks“, mit welcher der P.-V. seine Maßnahmen begründen will.

3. Führt der P.-V. bei seinem Vorgehen gegen die Bezirksorganisation das Flugblatt im Pressekonflikt ins Feld, so ist festzuhalten: Das Parteiuuterrnehmen inklusive des Parteivorstandes war aufgebaut und verwaltet nach den Beschlüssen der im Parteistatut vorgezeichneten Organisation des Frankfurter Agitationsbezirks und deren Bezirksparteitage. Diese Beschlüsse wurden von der Frankfurter Organisation einseitig und rechtswidrig durchbrochen und beiseite geworfen. Dieses Vorgehen zwang die übrigen zehn Wahlkreise des Bezirks Frankfurt (hinsu Friedberg-Üdingen als heftiger Kreis) zur Abwehr, zur Verteidigung ihrer Rechte, zur Wahrung der Beschlüsse der zuständigen Organisation. Dem diente auch das erwähnte Flugblatt.

Berichtszeitung.

Niederlegung der Verteidigung.

Wie wir bereits berichtet, haben die Verteidiger in dem Prozeß wider den Terrainspekulanten Schiffmann, die Rechtsanwälte Dr. Halpert, Alexander und Bendig, die Verteidigung niedergelegt und den Saal verlassen, da der Gerichtshof den Antrag abgelehnt hatte, daß der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Geier, den Vorwurf zurücknehme: die Verteidigung beabsichtige durch ihre Weisungsanträge den Prozeß zu verschleppen. Da es sich um keine notwendige Verteidigung handelt, hängt der Erfolg einer auf den Gerichtsbeschluss gestützten Revision davon ab, ob das Reichsgericht annimmt, daß durch ihn die Verteidigung gegenwärtig beschränkt war. Die Niederlegung der Verteidigung erinnert an einige ähnliche Fälle.

Als im März 1872 die Genossen Wilhelm Liebknecht, August Bebel und Adolf Heyner vor dem Leipziger Bezirks-Schwurgericht wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat angeklagt waren, schloß Staatsanwalt Hoffman die Anklage mit den Worten: „Meine Herren Geschworenen! Beurteilen Sie die Angeklagten Liebknecht und Bebel, oder Sie sanktionieren die Revolution für jetzt und immer.“ Der Verteidiger Bebel, Rechtsanwalt Freitag II (Mauen) erwiderte am Schluß seiner Verteidigungsrede: „Ich sage Ihnen, meine Herren Geschworenen, wenn Sie die Schuldfragen bejahen, so schaffen und sanktionieren Sie in Sachen einen rechtlosen Zustand.“ Der Vorsitzende, Bezirks-Gerichtsdirektor v. Müde, beizulassen diese Aeußerung des Verteidigers als unangehört. Aus diesem Anlaß kam es zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Die Reden der Verteidiger waren beendet. Es sollten die Verteidigungsreden der Angeklagten folgen. Der Vorsitzende verkündete, daß er eine Mittagspause machen wolle. Angeklagter Liebknecht: „Ich bitte ums Wort.“ Vorsitzender: „Zur Verteidigung?“ Liebknecht: „Im Hinblick auf die Behandlung, welche einem unserer Verteidiger zuteil geworden ist, erkläre ich hiermit, daß ich, weil Befreiheit für die Verteidigung nicht existiert, auf eine Verteidigungsrede verzichte.“ Vorsitzender: „So!“ Liebknecht: „Den Herren Geschworenen stelle ich anheim, über

die Frage zu entscheiden. Die Anklage hat meiner Ansicht nach sich selbst besser gerichtet, als sie durch einen von uns gerichtet werden könnte.“ Bebel: „Ich schreibe mich dem an.“ Heyner: „Ich gleichfalls.“ Damit waren die Plädoyers beendet.

Bekanntlich beurteilte das Gericht die Genossen trotz des Ergebnisses der Verhandlung.

Am 1. und 2. Dezember 1904 war der Redakteur des Oldenburger „Reichsboten“, Hermann Friß-Schwennert, vor der ersten Strafkammer des Oldenburger Landgerichts wegen Verleumdung des oldenburgischen Justizministers angeklagt. Es handelte sich um den bekannten oldenburgischen Spielerprozeß. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Erl, und den Verteidigern, Rechtsanwältin Dr. Sprenger (Bremen) und Dr. Herz (Altona). Am zweiten Verhandlungstage erklärte Rechtsanwältin Dr. Sprenger: „Ich habe die Beobachtung gemacht, daß ich als Verteidiger in dieser Sache persönlichen Verletzungen ausgesetzt bin. Diese persönlichen Verletzungen würden mich von der Ausübung meiner Amtspflichten nicht abhalten, wenn dadurch die Sache nicht geschädigt werden würde. Ich lege daher die Verteidigung nieder.“ Rechtsanwältin Dr. Herz: „Ich habe folgende Erklärung abzugeben: Sowohl im Laufe des Verfahrens als auch während der Hauptverhandlung ist eine Anzahl außerordentlich rühmlicher und Entschuldigender ergangen, welche die Verteidigung illusorisch machen. Die Verteidigung hat nicht die Absicht, ihr Amt fortzuführen, dessen tatsächliche Ausübung ihr unmöglich gemacht ist. Die Verteidiger erklären somit die Niederlegung ihres Amtes.“ Die Verteidiger verließen darauf den Gerichtssaal. Schwennert wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Das Versammlungsrecht vor dem Reichsgericht.

Am Montag hob das Reichsgericht einen vom Landgericht in Magdeburg gegen den Parteisekretär Friedrich Henneberg, genannt Holzappel, gefällten Freispruch auf und verwies die Sache in die Vorinstanz.

Der Angeklagte ist Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg. Er hatte auf den 5. Januar eine Sitzung der Funktionäre des Vereins einberufen und zu diesem Zweck an die Vorstandsmitglieder, die Bezirksleiter, die Kassierer und 12 Gewerkschaftsbeamte, insgesamt an 150 Personen, Einladungen erlassen. Auf der Tagesordnung stand ein Bericht des Genossen Landsberg über die letzte Reichstags-Sitzung, freie Aussprache und Verschiedenes. Durch eine Bekanntmachung des stellvertretenden kommandierenden Generals des 4. Armee-Korps war angeordnet worden, daß für die Veranstaltung von Versammlungen mindestens 48 Stunden zuvor die polizeiliche Genehmigung eingeholt sei. Dies hatte der Angeklagte unterlassen. Das Gericht hat ihn freigesprochen, indem es seinen Einwand anerkannte, daß es sich im vorliegenden Falle um eine öffentliche Versammlung im Sinne des Vereinsrechts nicht gehandelt habe, sondern um eine Zusammenkunft einer bestimmt beschränkten, auf 150 Köpfe festgesetzten Personenzahl, also um eine geschlossene Gesellschaft. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, in der sie Verkenntung des Begriffs der Versammlung rügte. Nicht berücksichtigt sei der Charakter der Zusammenkunft. Auch sei zu Unrecht unberücksichtigt geblieben, daß die 12 Gewerkschaftsbeamten kein besonderes Amt in dem Verein hatten. Gemäß dem Antrag des Staatsanwalts, der die Revision in diesem Sinne vertretet, hob das Reichsgericht das Urteil auf.

Das Fleisch in der Badewanne.

Der Schlächtermeister Paul B. o. B., der seit 13 Jahren in der Royalstraße ein sehr gut gehendes Geschäft betreibt, hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Er wurde beschuldigt, Fleischwaren, die er zur Veräußerung erworben, zurückgehalten zu haben in der Absicht, größere Gewinne zu erzielen. Der Laden des Angeklagten war häufig schon am Vormittag geschlossen worden. Es prangte dann im Laden das ominöse Plakat „Ausverkauft“. Es wurde aber rühmlich, daß, während draußen die Menge Fleisch hoben wollte, der Angeklagte in verborgenen Winkeln solches aufbewahrte und für seine Kunden reservierte. Als infolge dessen der Polizeimeister Kubens am 8. Mai eine Revision vornehmen wollte, fand er wiederum den Laden geschlossen und mußte den Zutritt von der Treppe aus nehmen. Der Beamte und dessen Kollegen fanden in dem Geschäftslokal allerdings keine Vorräte, dagegen recht viele in den Wohnräumen des Angeklagten, speziell in der Badewanne und in dem Schlafraum des Lehrlings. Da fanden sich 80 Seiten gepökelter Schweinebauch, zwölf Seiten Speck, 22 Schinken, 228 Pfund Schmalzwurst, ferner im Keller in einem Zementfaß Schinken. Die Folge dieser Entdeckung war, daß das Geschäft des Angeklagten polizeilich geschlossen wurde; diese Schließung wurde aber auf Antrag des Justizrats Schmalewisch wieder aufgehoben. Der Angeklagte war bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung geständig, daß er die Fleischwaren für seine Kunden habe zurückhalten wollen, um diese im Sommer nicht in Verlegenheit zu bringen. Im gestrigen Termin suchte der Angeklagte den Nachweis zu führen, daß das Fleisch noch nicht veräußert gewesen sei. Bei seiner ersten Vernehmung sei er vor Erregung ganz kopflos gewesen. Einen übermäßigen Gewinn habe er keineswegs erzielen wollen und auch sofort 67 Pfund den Winden überwiesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis, 2000 Mark Geldstrafe und Ehrverlust auf drei Jahre. Das Schöffengericht hielt noch eine nähere Aufklärung für nötig, namentlich in der Richtung, ob der Angeklagte in seiner Gegend dafür bekannt sei, daß er unehrlich seinen Laden verschlossen halte. Aus diesem Grunde wurde die Verhandlung vertagt.

Amtsvergehen.

Wegen Amtsvergehens und Nötigung stand gestern der Schumann Pache vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I.

Der Angeklagte betrat eines Tages den Laden der Bäckerin Anna Meil in der Friedberger Straße, deren Ehemann im Felde steht und wünschte die Frau allein zu sprechen. Unter vier Augen erklärte er ihr dann, daß er von einer Frau eine Anzeige erhalten habe, wonach Frau Meil dauernd verbotswidrig frisches Brot verkaufe. Als Frau M. dies bestritt, wies er darauf hin, daß sie sich nicht ängstigen solle; er habe es in der Hand, daß aus der Sache nichts gemacht würde und sei bereit, den Brief zu zerreissen. Für solche Uebertretungen würden gewöhnlich Strafen von 30, 60 oder gar 120 M. verhängt. Sie müßte ihm also sehr dankbar sein, wenn er ihr so entgegen komme; von seinen Kollegen würde das schwerlich einer tun. Er fragte dann weiter, was er dafür bekomme, und als ihm Frau M. ein Glas Bier anbot, erklärte er, daß er eben erst Kaffee getrunken habe. Frau M. drückte ihm dann einen fünfmarkigen Schein in die Hand, worauf sich der Angeklagte durch den hinteren Ausgang mit dem Bemerkten entfernte: „Da kann man ja heute abend ordentlich trinken!“ Als der Geschäftsführer der Frau M. von dem Vorgefallenen hörte, war er der Ansicht, daß man sich denn doch erkundigen müßte, von wem die ganz unbegründete Anzeige ausgegangen sei. Frau M. bog sich am nächsten Tage auf das Revier und erfuhr dort von dem Wachtmeister, daß überhaupt keine derartige Anzeige gegen sie vorliege. Auf diese Weise ist die Sache in Fluß gekommen. Der Angeklagte zahlte das Geld wieder zurück. Der Staatsanwalt beantragte gegen den pflichtvergessenen Beamten ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Das Gericht hielt den Angeklagten nur der Verletzung im Sinne des § 331 des Strafgesetzbuchs für schuldig und verurteilte ihn nur zu einem Monat Gefängnis.

Heute Mittwoch, den 12. Juli: Zahlabend in Groß-Berlin.

Das tägliche Brot.

Zur Käseinfuhr.

Die Zentraleinkaufsgesellschaft weist gegenüber den immer wieder auftauchenden Gerüchten von einer Freigabe der Käseinfuhr hin...

Der Landwirtschaftsrat für hohe Kartoffelpreise.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat mahnt sich schon wieder, recht hohe Preise für Getreide und Kartoffeln der nächsten Ernte zu erlangen...

In der landwirtschaftlichen Praxis erwartet man mit Spannung die noch fehlende Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln...

Unentgeltliche Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

Das Provinzial-Schulkollegium in Koblenz hat die Leiter der höheren Schulen angewiesen, unter den Schülern der Mittel- und Oberklassen solche zu ermitteln...

Es kann den Landwirten, denen es an Arbeitskräften während der Ernte fehlt, nur dringend empfohlen werden, die Hilfe dieser jungen Leute...

Bekanntlich haben wir in den Städten nicht wenige Arbeitslose, vor allem Frauen und Mädchen. Man kann daher zweifeln, ob es richtig ist...

Aus Groß-Berlin.

Das Alter der Almosenempfänger.

Die Stadt Berlin hatte, wie die Armendirektion in ihrem letzten Jahresbericht mitteilt, am 31. März 1915 einen Bestand von 37 390 Almosenempfängern...

Diese Altersklassen waren beteiligt an der Gesamtzahl der männlichen Almosenempfänger mit 41, 840, 2417, 2908, 2887, 617, 27, d. h. an je 1000 mit 4, 86, 248, 299, 297, 63, 3, an der Gesamtzahl der weiblichen Almosenempfänger mit 64, 906, 5064, 10 129, 9077, 2307, 106, d. h. an je 1000 mit 2, 33, 183, 366, 328, 84, 4...

Vielleicht wird aus dem bedeutenden Anteil des Greisenalters gar der Schluß gezogen, daß Armut wohl nicht sonderlich lebensverfügend wirken könne, da so viele Almosenempfänger es zu hohem Alter bringen...

ringeren Alters, die wir unter den Almosenempfängern sehen, wird immer mindestens eine Vereinträchtigung der Erwerbsfähigkeit vorliegen.

Die Zahl der im Greisenalter stehenden Almosenempfänger erscheint noch in besonderem Maße, wenn wir sie mit der Gesamtzahl aller Berliner Einwohner desselben Alters vergleichen.

Der Diebstahl.

Der flüchtig gewordene Bankangestellte Stephan und seine Geliebte, die Plätterin Hösraß, sind trotz umfangreicher Nachforschungen noch nicht ergriffen.

Verdorbenes Eier.

Im Kleinhandel mit Eiern ist es wohl überall üblich, daß man einer Hausfrau die schlechten Eier, die ihr etwa mitverkauft worden sind, gegen gute umtauscht.

Zentralstelle für Krankenernährung.

Im Medizinalamt ist am Montag, den 10. Juli, eine Zentralstelle für Krankenernährung unter Leitung des

Stadtmedizinalrates Dr. Weber für den Stadtbezirk Berlin errichtet worden. Von leitenden Ärzten der städtischen Krankenhäuser gehören ihr die Geheimräte Alempferer und Kuttner sowie Professor Magnus-Levy...

Statt Bewilligung von Sonderzulagen kann auch die Gewährung eines Mittagessens, das aus der Küche eines städtischen Krankenhauses in drei verschiedenen Formen gegen Erstattung der Selbstkosten geliefert wird...

Gegen Umgehung der Gastwirtschafts-Speiseverordnung.

Der Magistrat schreibt uns: Nach § 15 der Verordnung des Magistrats über die Regelung des Fleischverbrauchs dürfen Wrote und Brötchen mit kaltem Aufschnitt in Schank- und Speisebetrieben ohne Fleischkarte abgegeben und entnommen werden.

Städtevertreter im Beirat des Kriegsernährungsamtes.

Als Vertreter des Deutschen Städtetages sind in den Beirat des Kriegsernährungsamtes berufen: der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Städtetages Oberbürgermeister Exzellenz Bernuth...

Die Kartoffelknappheit besteht weiter.

Die Mitteilung, daß größere Mengen Frühkartoffeln in Berlin eingetroffen seien, beruht leider auf Irrtum.

Spielplatz in der Jungfernhöhe.

Der Zweckverband Groß-Berlin stellt der Groß-Berliner Jugend einen in der Jungfernhöhe am Nordufer des Spandauer Schiffsanals etwa auf der Mitte zwischen der Pögnauer Schleuse...

Arbeiterbildungsschule. Die nächste naturwissenschaftliche Sonntagswanderung findet am nächsten Sonntag, den 16. Juli statt.

Morgen Donnerstag, den 13. Juli, im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen: Wissenschaftlicher Einzelvortrag.

Eine große Kaninchenfarm beabsichtigt der Kanalisationszweckverband, dem die Gemeinden Bilmersdorf, Schmaragdorf, Zehlendorf und Keltow angehören, auf dem Gelände der Märanlage bei Ruhlsdorf anzulegen.

Morgen große hügelige Gelände mit einem Drahtzaun umgeben, der einen halben Meter in den Erdboden eingelassen wird. Für die Einrichtung der Farm sind 20 000 M. vorgezogen.

Ein Münzenbündel wurde gestern im Museum für Völkereunde entdeckt. Er ist wahrscheinlich schon am Sonntag während der letzten öffentlichen Besichtigung veräußert worden. Der Dieb hat, wie der Augenschein lehrt, an einer Vitrine, die im zweiten Stock steht, zunächst den Deckel zu öffnen. Als ihm das nicht gelang, hat er das Schloß abgeschraubt. Der Inhalt der ausgeplünderten Vitrine bestand aus 29 Münzen, darunter 17 holländische, 8 niederländisch-indische Goldmünzen, einer dicken Goldmünze mit einem Höhenbild, einer goldenen Denkmünze, einer Münze von 1792 und einer Münze ohne Jahreszahl. Von den holländischen Münzen sind fünf aus Gold. Zusammen haben die gestohlenen Münzen einen Sammlerwert von 2000 Mark. Vor ihrem Ankauf wird gewarnt.

Selbstmord eines Schuttmanns. Aufsehen hat in Wilmersdorf der Selbstmord des 85 Jahre alten Schuttmanns Hugo Hude hervorgerufen. Montag vormittag schoß sich Hude auf der Revierwache in der Lübbinger Straße aus seinem Dienstrevolver eine Kugel in die rechte Schläfe; der Tod trat auf der Stelle ein. Der Grund zu dem Selbstmord ist unbekannt. Hude hatte sich erst vor kurzem verlobt. Die Leiche des Lebensmüden wurde nach dem Schauhaus geschafft.

Beim Baden ertrunken ist in der Nähe der Heiligengeistkirche in Potsdam der achtjährige Schüler Otto Fieschner, der bei seiner Mutter, Kleine Fischerstr. 8, wohnte. Bei den Rettungsversuchen zeichnete sich der Grenadier Specht vom 1. Garde-Regiment aus, dem es auch gelang, den Knaben zu bergen. Leider blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Lebensgefährlich verbrannt wurde am Dienstagmorgen um 4 Uhr eine Frau Sch. in der Linienstraße 43. Sie gab unvorsichtigerweise aus einer Flasche Spiritus in ein glimmendes Kohlenfeuer, wobei die Flasche explodierte und die Kleider der Frau in Brand gerieten. Auf die Hilferufe eilten Hausbewohner herbei, die der Frau die Kleider vom Körper rissen. Die Feuerwehre brachte die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo man wenig Hoffnung hegt, sie am Leben zu erhalten.

Straßensperrung. Die Dresdener Straße zwischen Prinzen- und Budower Straße wird vom 20. d. M. ab bis auf weiteres für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

Der Gesangsverein „Männer- und Frauenchor Ost“ (M. d. A. S.), Chormeister Emil Killo, veranstaltet am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, unter Mitwirkung des Berliner Sinfonieorchesters, Kapellmeister Maximilian Fischer, im Garten der Wöhr-Bräuerel, Brenzlauer Allee 242/47, Nähe Alexanderplatz, ein Sommerkonzert. Eintrittskarten zu 25 Pf. sind nur im Vorverkauf bei den Mitgliedern und in den durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Aus den Gemeinden.

Sozialdemokratische Lebensmittelpetition in Mariendorf.

Die Sozialdemokratische Fraktion der Gemeindevertretung hat eine Interpellation über Ernährungsfragen an den Gemeindevorstand gerichtet, in welcher sie Ausschluß fordert über die Tätigkeit der von der Gemeinde eingesetzten Lebensmittellieferanten. Die Interpellation steht auf der Tagesordnung der am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus stattfindenden Gemeindevertretersitzung.

Stadtverordnetenversammlung in Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung fand die Magistratsvorlage, betr. Kriegsfürsorge für erwerbslose Angeestellte und Arbeiter der Textilindustrie einstimmige Annahme. Es sollen erhalten: Jugendliche: im Alter von 14—18 Jahren 7 Pf. pro Stunde, von 18—21 Jahren 12 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche, Ledige: über 21 Jahre 16 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche, Verheiratete: männliche 20 Pf. und weibliche 16 Pf. pro Stunde.

Für die Vorarbeiten zur Errichtung eines Kriegspeischauses wurden einstimmig 1000 M. bewilligt.

Gänseverkauf in Rowatow.

Die Gemeinde Rowatow beabsichtigt aus dem okkupierten Gebiet Russisch-Polens Gänse zu beziehen. Der Preis ist zunächst unverbindlich auf 7,50 M. pro Stück ab Verladestation festgesetzt. Interessenten, die durch die Gemeinde Gänse zu beziehen wünschen, werden ersucht, sich schriftlich oder mündlich im Kriegsbureau, Zimmer 8/9 des Rathauses, bis Mittwoch, den 12. d. M., zu melden.

Kinderveranstaltungen in Köpenick.

Die Kinderferienspiele finden in jeder Woche Dienstags und Freitags statt. Sie beginnen Freitag, den 14. d. M. Die Teilnehmer der Dammstadt treffen sich mittags 2 Uhr an der Post, die von der Köpenicker Vorstadt 2 Uhr am Köpenicker Platz, und die der Riegersburg 2 Uhr in der Turnhalle, Müggelheimer Straße. Jedes Kind muß einen Trinkbecher mitbringen, Kaffee und Gebäck erhält es gratis.

Aus aller Welt.

Schreckliche Unwetterkatastrophe in Niederösterreich.

Nach Blättermeldungen aus Wiener Neustadt (Niederösterreich) hat eine Windhose Montag nachmittags in der Vorstadt Josefstadt große Verheerungen angerichtet. Von Häusern und Fabrikanlagen wurden die Dächer durch die Gewalt des Orkans weggerissen, einige leichte Gebäude gänzlich weggeblasen und sämtliche Fenster zertrümmert. 31 Personen wurden getötet und über 100 verletzt.

Ebenfalls von einer Windhose heimgesucht wurde ein Teil der Stadt Eisfeld. Vom Eichholz her kam eine schwefelgelbe Wolke, die sich plötzlich löste und zur Erde sank. Ein ungeheurer Sturm erhob sich, der eine große Eiche entwurzelte, Dächer abdeckte, in Privatgärten Bäume entwurzelte und Bäume umriß. Laub, Steine, kleinere Äste und Heu flogen in der Luft herum. Größerer Schaden wurde durch die Windhose auch im benachbarten Poststadl angerichtet.

Der streitbare Bauer.

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Wien stand ein 65jähriger Bauer, der sich der Durchsuchung seines Gutes nach Vorräten tätlich widersetzt hat. Er ging gegen den Gendarmen und dessen Hilfskräfte mit der Heugabel vor und verletzten den Gendarmen. Der Widerstand des Bauern war erklärlich, denn die Durchsuchung seiner Scheunen ergab, daß er mehrere Hundert Zentner Frucht der Verbandsaufnahme entzogen hatte. Das Kriegsgericht ließ im Hinblick auf das Alter, die Unbescholtenheit und die Erregung des Bauern große Milde walten und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein Aussichtsturm eingestürzt. Während eines Gewittersturmes stürzte, wie dem „N. Z.“ gedruckt wird, der 24 Meter hohe Aussichtsturm auf dem Schwabenstein bei Währisch-Trubau ein. Von fünfzig auf dem Turm befindlichen Personen wurde ein neunjähriges Mädchen getötet, sieben schwerverletzt.

Schreckentat eines Irrenknaben. Der in Kobylitz bei Neustadt (O.-Schl.) wohnhaft gewesene herrschaftliche Jäger Anton Kolarz wurde kürzlich während eines Dienstganges im Waldrevier ermordet. Als Täter ermittelt und verhaftet wurde der Schuhmacher Alois Dospaschil, der aus Rache den Mord ausgeführt hat. D. befand sich schon zweimal in Irrenpflege. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung entdeckte man in einem Topf, halb abgekocht, die Hälfte des abgekochten Kopfes des Ermordeten.

Diphtherieepidemie. Aus Nordhausen wird berichtet: In Göttingerode ist namentlich unter den Schulkindern, die Diphtherie ausgebrochen. Fast die Hälfte der Kinder liegt an der Epidemie danieder. Einige Kinder sind bereits der Krankheit zum Opfer gefallen.

Die Postdiebstähle des Briefträgers Siderit in Rühlfhausen haben sich als noch viel umfangreicher herausgestellt, als zuerst zu übersehen war. Bei einer neuen Hausdurchsuchung kamen zu den bereits beschlagnahmten großen Mengen von Fleischwaren, Tabak und Zigarren, abermals etwa 5000 Zigarren, über 100 Schokoladentafeln, 2 Wäschekörbe voll Wäsche, u. a. ein Reisekorb voll von Töpfen mit Fett, Honig usw., eine Menge Pfefferkörner aus Tageslicht. Die Diebstähle dürften bis in den Anfang des Krieges zurückreichen, ein ganzes Warenlager von Diebstahl hatte Siderit vom Keller bis zum Boden seines Hauses an allen möglichen Orten verborgen. Die Erregung der Bevölkerung über Siderits schamloses Treiben ist so groß, so daß es vor seinem Hause wiederholt zu starken Menschenansammlungen kam.

Große Feuersbrunst in Ungarn. In Vaszar-Reszpremer Komitat (Ungarn) wurden infolge unachtsamen Spielens von Kindern 42 Wohnhäuser samt Nebengebäuden eingeäschert. Die Kirche, die durch den Brand schwer beschädigt wurde, mußte gesperrt werden.

Ueber Anweilerschäden in Frankreich wird weiter berichtet: In der Gölle d'or folgten den gewaltigen Stürmen am Sonntag, die in zahlreichen Ortschaften schweren Schaden anrichteten, wolkbruchartige Regengüsse. Die Flüsse sind über die Ufer getreten. Die Futtermittel sind in vielen Gemeinden vernichtet.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichshald) Wahlabend: Mittwoch, den 12. Juli, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — Wahlmorgen: Donnerstag, den 13. Juli, bei Krüger, Perusaalmer Straße 63. Tagesordnung: Berichte über die neuesten Vorkommnisse in der Partei. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet die Unwesenheit aller Mitglieder.

Zweiter Wahlkreis. Donnerstag, den 13. Juli, gemeinsamer Ausflug der Lebenden Witten, Schmöden und Friedrichshald nach Karlsdorf. Abfahrt Schlesiener Bahnhof morgens 8 Uhr 58 Min. oder 9 Uhr 23 Min. nach Karlsdorf. Von dort Wanderung nach Sadoma. In der „Waldschenke“ 2 Uhr Kaffeestunde. Rückfahrt um 16 und 46 Minuten nach der vollen Stunde ab Sadoma.

Fünfter Wahlkreis. 2. Abteilung. Mittwoch, den 12. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, gemeinsamer Wahlabend beim Genossen Pomelet, Holzstraße 7.

Wahlkreis. Mittwoch, den 12. Juli cr., Mitgliederversammlung bei Wajche, Berliner Allee 251. Vortrag des Genossen Ed. Hoffmann.

Tempelhof. Der Juliwahlabend findet heute bei Schneider, Hennig und Martin Müller statt.

Mariendorf. Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant Vrenth, Kurfürstendamm 44. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Delegiertenwahl zur Generalversammlung am 23. Juli. Von 8 bis 9 Uhr nehmen die Beiratsmitglieder teil.

Tempelhof. Heute abend gemeinsamer Wahlabend bei Schellhase, Markstr. 15a. Bericht von der Verbands- und Kreisgeneralversammlung. Mitgliederversammlung.

Treptow-Dannewitz. Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Fr. Kubat, Am Treptower Park 66: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten. Mitgliederversammlung.

Oberhakenweide. Gemeindefürer Wahlabend nicht, wie angefragt, bei Köhlig, sondern bei George, Alarod, Ecke Wilhelmshofstraße.

Schöneberg. Heute (Mittwoch) Wahlabend, in welchem Bericht erstattet wird über die zwei letzten Kreisgeneralversammlungen und die Verbandsgeneralversammlung. Weiter Stellungnahme zur nächsten Kreisgeneralversammlung und Vereinsangelegenheiten.

Köpenick. Der Wahlabend findet Mittwoch, den 12. Juli, nicht statt. Kaulsdorf-Viesdorf. Der gemeinsame Wahlabend findet heute, Mittwoch, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Viesdorf, Königsplatz 120, Restaurant „Schillerstraße“ (Zw. G. Wille) statt. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Vereinsangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Briefkasten der Redaktion.

W. D. 60. Sie können die Herausgabe durch Klage beim zuständigen Amtsgericht erwirken. — W. R. 14. Sie müssen noch 30 Marken haben, um zum Bezuge der „Kritik“ berechtigt zu sein. — K. 116. Den Antrag auf Zulassung können Sie beim Volkstribunal unter Vorlegung einer Gehaltsbescheinigung oder Steuerbescheinigung stellen. — G. A. S. 2. Ja. — S. B. 28. Der alte Vertrag ist für Ihr Verhältnis gültig. — W. 63a. Sie müssen sich mit einem Antrag an die Landesversicherungsanstalt, Am Köpenicker Park 8, wenden. — W. H. 100. 1. Ihre Frau muß darüber Angaben machen, sonst macht sie sich strafbar. 2. Sie bleiben nachrichtlich in Wien. — G. M. Sie müssen die Wohnung nach den Bedingungen des Vertrages zu der angegebenen Zeit zur Verfügung stellen, sonst können Sie für den dem Hauswirt durch das Nichtvermieten entstehenden Schaden haftbar gemacht werden. — 15. W. W. Die Abfindungssumme wird nur zum Zwecke der Anfechtung und Selbstmahnung durch Erwerb eines Grundstücks oder für die Erhaltung und wirtschaftliche Stärkung eines eigenen Grundbesitzes gezahlt. Die Berechnung der Abfindung erfolgt auf Grund einer Tabelle, die sich nach dem Lebensalter des Antragstellers richtet. Der Antrag ist beim Volkstribunal zu stellen. Die Bescheinigung wird weitergeleitet. — A. J. G. — R., Berlin. Der Nachweis für Kautschuker befindet sich im Bureau des Textilarbeiterverbandes, Berlin O. 27, Andreestr. 17. — G. R. 3. Zunächst ist nur Beschwerde beim Chefsargi des Jagarets möglich.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Ziemlich warm, beständlich, vorherrschend wolkig und im Norden, besonders an der Küste, leichte Regengüsse.

Todes-Anzeigen.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Köpenicker Viertel. Bez. 165. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gatte

Gustav Schützick

Wrangelstr. 58, gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshald aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 214/17 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 9. Juli verstarb unser Parteigenosse

Otto Schaale

Saalestr. 19/13. 12. Becht. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Reußener Friedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Bohnsdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag früh unsere Genossin, Frau

Berta Borgmann

im Alter von 28 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 13. Juli, abends 7 Uhr, im Bohnsdorf statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitte! 196/12 Der Vorstand.

Verb. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrsen-

Iwan Kruglow

geb. 18. Juni 1880, am 8. Juli gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seefraße, aus statt.

163/9 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeullier.

Ortsverwaltung Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Sattler

Josef Seliger

verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reußen Michaelisfriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 148/6 Die Ortsverwaltung.

Als weitere Opfer des Völkerrings haben wir wieder zwei brave und liebe Kollegen zu beklagen:

Paul Fleischer

im Alter von 41 Jahren und

Willi Sturz

im Alter von 20 Jahren. (1945) Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen

Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter, hoffnungsvoller Sohn und Bruder

Hugo Conrad

Unteroffizier im 7. Garde-Inf.-Reg., im fast vollendeten 20. Lebensjahre am 28. Juni 1916 gefallen ist.

Wilhelm Conrad, Landsturmmann, Martha Conrad geb. Speck, Erich Conrad als Bruder, Neutän, Quedlinburger Str. 50.

Statt besonderer Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Otto Poggensee

im Alter von 17 Jahren und durch den Tod entziffen wurde. (174) In Schmerz und Trauer

Familie Poggensee. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 12. Juli 1916, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Wilmersdorf, Berliner Straße, statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 9. d. M., mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwiegervater

Otto Schaale

nach langem Leiden verstorben ist. Dies zeigt teilnehmend im Namen der Hinterbliebenen an

Ww. Marie Schaale.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes Neutän, Mariendorfer Weg, aus statt.

Baden Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützstiefeln sowie

Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützsocken usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Handgast, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, freuten Sohnes und Schwagers, des

Friedrich Zbinden

lagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn F. Braun für seinen warm empfundenen Rat, den Sängern für den erbedenden Gesang, den werten Genossen und Genossinnen vom 5. Berliner Wahlkreis, den Kollegen vom Autobau der Firma Bergmann, den Kollegen der Firma Schwarzkopff, den Kollegen der U. G. G., Ubi. Rahrstedt, dem Deutsch. Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, und der Zentral-Kranken- und Sterbeliste d. deutlicher Wagenbauer unseren herzlichsten Dank.

Am Rame aller Hinterbliebenen: Witwe Franziska Zbinden und Söhne.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen

Bearbeitet v. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter

Preis 30 Pf.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für Kriegsteilnehmer u. deren Hinterbliebene.

Inhalt: Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Die Versorgung der Mannschaften. Kriegsversorgung, Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern u. deren Hinterbliebenen.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Für stärkere Figuren Vorrat. Anwahlsendungen nach ausserhalb gegen Anzahlung.

Billige Preise!

Kunstlebküchende Gummimantel mit passender Kappe, feine Glockenform, wunderbare Farben, blau, grün, rot, weinrot, rosa, in Weiss, rötlich, gelb, alle Größen, 75,- 85,- 95,- 105,- 115,-

Flotte Gummimantel, Glockenformen, 25,- 35,- 45,- 55,- 65,- 75,-

Herren Gummimantel, alle Welten, 45,- 55,- 65,- 75,- 85,- 95,- 105,-

Reizende Modell-Kostüme, nach neuester Herbstmodells, aus Kammgarn, Tuch, Seide, das Fascheste auf dem Gebiete, in blau, grün, weinrot, Korkrot etc., beste Ausführungen, gediegene Stoffe und Zutaten, 100,- 120,- 140,- 160,- 180,- 200,-

Flotte Kammgarn- und Wollkostüme, 35,- 45,- 55,- 65,- 75,- 85,- 95,- 105,-

Meine Loden-Abteilungen!
Lodenmantel 35,- 45,- 55,- 65,-
Lodenkostüme 45,- 55,- 65,-
Lodenpaleonten 27,- 37,- 47,-
Modell-Röcke, Seide 45,- 55,- 65,-
Kammgarn-Röcke 25,- 35,- 45,-
Phantasie-Röcke 15,- 25,- 35,-

Billige Preise!
Flotte Pelzmantel. Beste Felle, gediegene Karlsruharbeit, schon Pelzmantel 1200,- 900,- 600,- 350,- 200,-
Einz. kurze Pelzjacken 150,- 100,- 75,-
Sonn tags geöffnet 8-10 Uhr.

Westmann
I. Geschäft: Mohrenstraße 77a (Kolonnaden).
II. Geschäft: Große Frankfurter Straße 115 (nahe Andreestr.).

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung